

# „Das Ringen des Freihandels mit dem Prohibitivsystem“

Politische Ökonomie und Infrastruktur der Brotversorgung Wiens, 1815–1847<sup>1</sup>

*Abstract: “The Struggle of Free Trade with the Prohibitive System”. Political Economy and Infrastructure of Vienna’s Bread Supply, 1815–1847.* Historians concerned with topics of urban, food, retail, and political history have long argued that ideals of political regulation decisively influence and shape urban food distribution systems in European and American cities. For example, researchers have been able to show that throughout the late 18<sup>th</sup> and mid-19<sup>th</sup> centuries, in cities like Paris, Mexico City, New York, and Manchester, surprisingly similar discussions were taking place about the regulation and liberalisation of bread and meat production, and their related distribution systems. The article engages with this international discussion by arguing that these debates represent a kind of “double movement” between regulated and self-regulated markets, as outlined by Karl Polanyi. It then raises the question of how urbanisation and political regulation affected the food supply system of the city of Vienna during the Vormärz period (1815–1847). By cartographically analysing the topographic development of bakers within and around the urban area, the article concludes that political-economic and demographic factors led to the creation of two distinctive, competing, and simultaneously complementary systems of bread supply during the first half of the 19<sup>th</sup> century.

*Key Words:* urban history, trade regimes, food supply, 19<sup>th</sup> century, Karl Polanyi, retail infrastructure

---

Accepted for publication after external peer review (double blind)

Jonas M. Albrecht, Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, 4040 Linz; jonas\_marian.albrecht@jku.at

Die quantitativ und qualitativ adäquate und verlässliche Versorgung ihrer Einwohner\*innen mit Nahrung, Wohnraum und Wasser war eine der essentiellen Herausforderungen für europäische und amerikanische Städte in der Phase des schnellen Bevölkerungswachstums des 19. Jahrhunderts. Neben Fragen nach Wohnraum und Wasserversorgung repräsentiert die Frage nach den Mechanismen der Lebensmittelversorgung einen zentralen Aspekt der internationalen Stadtgeschichtsforschung. In der österreichischen Forschungslandschaft ist dieser Aspekt allerdings bisher wenig beachtet worden. Dies hinterlässt insofern eine bedeutende Forschungslücke, als der Zugang zu Nahrung von Einwohner\*innen urbaner Zentren essentiell von funktionierenden Mechanismen sowohl der städtischen Versorgung aus dem Hinterland als auch der Distribution innerhalb des Stadtgebiets abhing. Der Bevölkerungsanstieg Wiens ab dem Ende des 18. Jahrhunderts und die damit verbundene Steigerung des Bedarfs machten eine Veränderung und Expansion beider Enden der *food chain* zur *Conditio sine qua non*, um die Versorgung und Verteilung von Nahrung nachhaltig zu sichern und den sozialen Frieden zu bewahren. Während die Produktion und der Transport von Nahrung allerdings weitgehend außerhalb des Einfluss- und Kontrollbereichs städtischer Administrationen blieben, lag auf Regulierung, Administration und Kontrolle der Distribution von Nahrung ein Hauptaugenmerk der kommunalen Verwaltung.

Der Artikel stellt die Frage nach den Auswirkungen von Urbanisierung und politischer Regulation auf die Lebensmittelversorgung und den Zugang breiter Bevölkerungsschichten zu Nahrung in Wien im Zeitraum von 1815–1847. Im Lauf des Vormärz verdoppelte sich die Bevölkerung der Hauptstadt der Habsburgermonarchie, um 1850 war Wien zur drittgrößten Metropole des europäischen Kontinents geworden. Gleichzeitig wurden die durch ein paternalistisches System streng regulierten Mechanismen der Versorgung der Stadt seit dem Ende des 18. Jahrhunderts zunehmend von Liberalisierungsbefürwortern kritisiert und zum Teil beseitigt. Diese Debatte um die Grundprinzipien der Regulierung oder Liberalisierung blieb bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts weitgehend ungelöst und kann im Sinne Karl Polanyis als Doppelbewegung zwischen einem eingebetteten und einem freien Lebensmittelmarkt bezeichnet werden. Dieser Artikel argumentiert, dass sowohl das Bevölkerungswachstum als auch das „Ringen des Freihandels mit dem Prohibitivsystem“ die städtische Organisation, den täglichen Ablauf der Nahrungsversorgung und die Möglichkeiten der Bevölkerung, ihren Zugang zu Nahrung in befriedigender Menge und Qualität sicherzustellen, entscheidend beeinflussten.<sup>2</sup>

Methodologisch vereint der Artikel zwei Ansätze. Im ersten Hauptteil skizziert er die Doppelbewegung zwischen der Einbettung des Marktes in gesellschaftliche Rahmenbedingungen und dem seit dem Ende des 18. Jahrhunderts unternommenen Versuch, eine unregulierte Lebensmittelversorgung in Wien zu schaffen. Zwei-

tens analysiert der Beitrag die Auswirkungen dieses Prozesses auf den Zugang zu Nahrung im vormärzlichen Wien. Dem Ansatz von Gergely Baics folgend wird dies als Frage der Topographie verstanden und durch eine kartographische Analyse des Bäckerhandwerks in Wien und Umgebung beantwortet, die von zwei Stichjahren, 1815 und 1847, ausgeht.<sup>3</sup> In beiden Fällen werden die Bäckermeister lokalisiert, die in der Stadt und den Vorstädten, also innerhalb des Linienwalls und in den Vororten außerhalb dieser Steuermauer, ihr Gewerbe betrieben. Ziel ist es zu vergleichen, ob, inwiefern und wo sich der Zugang zum Grundnahrungsmittel Brot im Wiener Stadtgebiet veränderte.<sup>4</sup> Die Analyse wird durch die Frage geleitet, wie sich die politische Ökonomie der Nahrungsmittelversorgung im Kontext drastischer Urbanisierung auf die Infrastruktur und den Zugang der urbanen Bevölkerung zu Nahrung im frühen 19. Jahrhundert auswirkte.<sup>5</sup> Es handelt sich dabei ausschließlich um eine räumliche Betrachtung der Angebotsseite. Aspekte der Nachfrage oder Nahrungsqualität stehen in diesem Artikel nicht im Fokus.<sup>6</sup>

Der Aufsatz wird zu Beginn einen Abriss des internationalen Forschungsstands zum Thema der städtischen Lebensmittelversorgung und deren politischer Regulation geben sowie die daraus entwickelte Problemstellung vorstellen. Im ersten Abschnitt des Hauptteils folgt ein kurzer Überblick über die demographische Entwicklung Wiens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Skizziert wird die Doppelbewegung zwischen Regulation und Liberalisierung der städtischen Lebensmittelversorgung im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts. Der zweite Abschnitt analysiert die Infrastruktur der Versorgung Wiens mit Brot bzw. Backwaren im Zeitraum 1815–1847. Anhand der Ergebnisse der Untersuchung wird in den Schlussfolgerungen die Entwicklung der urbanen Infrastruktur als Ausdifferenzierung verschiedener Versorgungssysteme interpretiert.

## Forschungsstand

Fragen nach der Versorgung europäisch-amerikanischer Metropolen während der Urbanisierungsphase des frühen 19. Jahrhunderts haben vor allem bezüglich Wiens eine Schlagseite zugunsten der Wasserver- und -entsorgung und der Frage nach Wohnraum. Die „*Wohnsituation der Massen im Wien des Vormärz*“ ist ähnlich wie in anderen urbanen Zentren seit Jahrzehnten ein zentraler Bestandteil der Stadt-, Sozial- und Arbeitergeschichte.<sup>7</sup> In den letzten Jahren hat sich zudem vor allem von Seiten der Umweltgeschichte ein breites Interesse an den sozio-ökologischen Verhältnissen der Wasserversorgung von Metropolen etabliert und speziell für Wien verschiedene Studien hervorgebracht.<sup>8</sup>

Obwohl einige dieser Publikationen Aspekte der Lebensmittelversorgung einbeziehen, hat die Forschung das Verhältnis von „Nahrung“ und „Stadt“ vergleichsweise selten thematisiert; „[...] the city is taken for granted in food history writing, just like food is an evident part of urban historiography“.<sup>9</sup> Wenngleich einige jüngere Forschungsansätze die Gültigkeit dieser Aussage inzwischen relativieren, trifft sie vor allem für die Zeit des frühen 19. Jahrhunderts weiter zu. Die Nahrungsversorgung vorindustrieller bzw. frühneuzeitlicher Städte vor dem Jahr 1800 wurde intensiver erforscht, ebenso wie die Versorgung von sich industrialisierenden Großstädten ab 1850 unter verschiedenen Prämissen der Modernisierung in den Blick kam.<sup>10</sup> Das Interesse an den Mechanismen der Versorgung während der Urbanisierungsphase des Vormärz blieb hingegen verhalten. Sie befindet sich gewissermaßen „zwischen den Stühlen“ der verschiedenen Revolutionen des ausgehenden 18. Jahrhunderts – der Französischen Revolution, der ersten Industriellen Revolution, der *retail revolution* – einerseits und andererseits den weitreichenden Umwälzungen um 1850 – den Märzrevolutionen 1848, der Transportrevolution, der „urbanen Explosion“<sup>11</sup>. Daher erschienen die Entwicklungen des Vormärz als vernachlässigbare, stagnierende Fortsetzung des 18. Jahrhunderts, die von der „Verwandlung der Welt“ (Jürgen Osterhammel) nach 1850 grundlegend und rapide abgelöst wurde.<sup>12</sup> Verschiedene Studien innerhalb der Debatte um den Lebensstandard großer Bevölkerungsteile während des 19. Jahrhunderts haben diesen Eindruck verstärkt, weil sie oft eine Stagnation oder Verschlechterung des durchschnittlichen Konsums von Nahrung und der Einkommen vor allem ärmerer Bevölkerungsteile feststellten.<sup>13</sup> Der Vormärz als Forschungsgegenstand der *urban food history* blieb so mit Vorstellungen behaftet, die eine politökonomische, organisatorische und technische Stagnation und Trägheit annahmen oder, im Metternich'schen Sinn, von Reaktion, von Innovationskepsis und vom Festhalten am Althergebrachten ausgingen.

Eine solch nachlässige Behandlung der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erscheint in internationaler Perspektive zunehmend fragwürdig. Eine dynamische Forschungsrichtung beschäftigt sich speziell mit den Infrastrukturen der Nahrungsmittelversorgung und legt ihren Fokus auf deren Räume, Praktiken und Akteure als „function in changing production and distribution chains and [...] as a result of changes in wholesaling, retailing, consumption, and the political regulation of urban space, society, and economy“.<sup>14</sup> Die Vertreter\*innen dieser *histories of retailing and consumption* betonen, dass sowohl die Räume als auch die Akteur\*innen und Praktiken der Lebensmittelversorgung zentral mit den Ideen, Perzeptionen und Konstruktionen urbanen Raums, urbaner Entwicklung und urbaner Modernität zusammenhängen. Die Ergebnisse der Arbeiten im Bereich der *retail history* haben damit ein deutlich „bewegteres“ Bild der Systeme und Alltagspraktiken städtischer Lebensmittelversorgung seit etwa 1750 gezeichnet. Insbesondere wird auf die Ausdiffe-

renzierung verschiedener, komplementär funktionierender, in Konkurrenz zueinander stehender und ineinander verwobener formeller und informeller Distributionsstrukturen hingewiesen. Diese hatten ihren Ort in verschiedenen Räumen, auf Märkten, in Markthallen, in Shops und auf der Straße, bedienten jeweils spezifische Konsumbedürfnisse und standen in Beziehung zu sich ändernden Diskursen und Strukturen städtischer Administrationen, Gesellschaften und Ökonomien.<sup>15</sup>

Insbesondere Letzteres greift ein zweiter, für diesen Artikel grundlegender Strang der Forschung auf. Dieser betont die Rolle der politischen Regulation städtischer „Approvisionnement“ – so der zeitgenössische Ausdruck – und stellt die politische Ökonomie der Nahrungsversorgung ins Zentrum. Es werden nicht nur Konsumbedürfnisse als wichtige Treiber von Systemen des Nahrungszugangs gesehen, sondern verschiedene Formen und Leitgedanken politischer Regulation als maßgebende Faktoren von urbanen *food systems* identifiziert.<sup>16</sup> Dabei postulieren verschiedene Studien zu amerikanischen und europäischen Metropolen einen grundlegenden Wandel in der Administration urbaner Lebensmittelversorgung im Jahrhundert nach 1750. Bereits in den 1970er-Jahren hat Steven L. Kaplan in seinen detaillierten Studien zur Brotversorgung von Paris festgestellt, dass sich 1760 die Prinzipien staatlich-städtischer Behörden drastisch veränderten: „from control to freedom, from intervention to laissez-faire, from police to political economy“. Demnach wurde die Versorgung urbaner Zentren mit Getreide in Frankreich bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts „as a kind of public service“ interpretiert. Sie unterlag daher weitreichenden Regulierungen bezüglich des Handels, Transports und der Verarbeitung von Getreide sowie der Produktion und des Verkaufs von Brotwaren. „Those who undertook to deal in grain [...] assumed solemn responsibilities toward society“, argumentiert Kaplan und präzisiert, „grain was essentially *unlike* any other commodity“.<sup>17</sup>

Diese Einbettung der Versorgung in gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Moralvorstellungen und die Intervention des Staates in die Nahrungsproduktion und -distribution wurden in Frankreich ab etwa 1750 von einer stärker werdenden „liberalen Propagandaoffensive“ zunehmend kritisiert, so Kaplan. Ihren Vertretern, allen voran François Quesnay und Jacques Turgot, gelang es demnach, Laissez-faire-Positionen auf höchster politischer Ebene durchzusetzen. Mit der Liberalisierung des Getreidehandels 1763/1764 bewirkten sie einen „radikalen Bruch mit den Traditionen der Versorgung“:

„Renouncing a stewardship it had exercised, so it seemed, from time immemorial, the royal government broke an unwritten covenant with consumers and proclaimed that subsistence was no longer its overriding responsibility. [...] The politico-moral claims of the people were superseded by the natural rights of proprietors in the esteem of the king. Subsistence became a matter

for the individual to work out on his own. [...] Liberalization was not merely an experiment in (a theoretically) free market economy, though in this regard alone it was of enormous significance. It was a crucial stage in the transformation of the relations between state and society, the governors and the governed, the individual and the collectivity, political power and economic power, producers and consumers, the public sector and the private sector.<sup>18</sup>

Die Durchsetzung der Deregulierung wirkte sich gravierend auf die Versorgung der französischen Hauptstadt und anderer urbaner Zentren aus, insbesondere indem der Verzicht auf staatlichen Eingriff die Subsistenzkrisen von 1765 und 1775 zuspitzte.<sup>19</sup> Diese über Frankreich hinausgehenden Tendenzen beschreibt auch Dominik Collet in seiner Untersuchung der europäischen Hungerkrise 1770–1772, die zu einer „Ökonomisierung“ des Umgangs mit Nahrungsproduktion und -verteilung geführt habe. Der „für den Merkantilismus typischen engen Verflechtung von Staat und Wirtschaft stellte man nun Modelle entgegen, in denen die Ökonomie nicht mehr als verflochten oder *embedded* gedacht wurde, sondern als eigenständiges, selbstreguliertes System“.<sup>20</sup> Kürzlich hat Marcel Streng eine ähnliche Analyse französischer „Subsistenz-Kontroversen zwischen dem Ende der Julimonarchie und dem Umbruch des Jahres 1870/71“ vorgelegt. Wie Kaplan und Collet skizziert Streng einen „regelrechten Bruch mit der obrigkeitstaatlichen Tradition“ einer Lebensmittelpolitik „zwischen Verstaatlichung und Liberalisierung“ und hebt die Rolle liberaler Reformer hervor. „Intensive Konflikte, die seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts über die ‚richtige‘ Staatspraxis in der ‚Kornfrage‘ ausgetragen wurden“, bestimmten bis in die 1860er-Jahre die staatlich-städtische Lebensmittelpolitik zwischen Intervention und Deregulierung, insbesondere bezüglich der Brotversorgung.<sup>21</sup>

Auch Gergely Baics argumentiert in seiner Untersuchung der Fleischversorgung in New York City, dass sich im Zeitraum 1790–1860 ein grundlegender Wandel vollzog: An die Stelle eines stark kontrollierten *public market system* der Fleischversorgung, das auf lizenzierte Produzenten, Verkäufer und Märkte begrenzt war, trat ab 1843 ein liberalisiertes *free market system of provisioning*, das sowohl räumlich und sozial als auch qualitativ deutlich anders strukturiert war. Auch Baics begründet diese Transition im Wesentlichen mit einem ideologischen Wandel der politökonomisch-philosophischen Bewertung von Nahrungszugang und Ernährungssicherheit, der von einem präventiv-paternalistischen Konzept der Hungervermeidung zu einem deutlich liberaleren *Laissez-faire*-Prinzip der städtischen Behörden führte:

„The Expansion of free-market ideology in antebellum America [...] played an important role [...]. By midcentury, [...] access to food in New York City was redefined from a public to a private good. [...] Until the 1830s, the case

was reverse, with food access being a public and water access a private good. It was in these antebellum political economy debates that the fate of nineteenth-century urban food systems was decided in favor of unregulated free markets.“<sup>22</sup>

Diese Transition wirkte sich, so Baics Ergebnis, spürbar auf die Lebensmittelversorgung der Einwohner\*innen New Yorks aus und könne als Revolution mit widersprüchlichen Ergebnissen interpretiert werden. Einerseits hätte die Liberalisierung ein dynamischeres Versorgungssystem mit mehr Produzenten\*innen und Händler\*innen hervorgebracht, das vor allem mit der räumlichen Expansion der Stadt im frühen 19. Jahrhundert besser schritthalten konnte. Es sicherte so den geographischen Zugang der Bevölkerung zu Fleischer\*innen, Bäcker\*innen und anderen Erzeuger\*innen. Andererseits hätte sich dieses unregulierte System negativ auf die Qualität der Lebensmittel ausgewirkt, insbesondere in sozioökonomisch benachteiligten Gebieten New Yorks.<sup>23</sup>

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt eine vergleichende Studie über Paris, New York City und Mexico City. Roger Horowitz, Jeffrey M. Pilcher und Sydney Watts beschreiben darin die Transition von staatlicher Intervention zu Liberalisierung als Phase in einem Prozess der Oszillation von „market cultures“:

„Although the timing varied, these cities passed through three common episodes: an old regime characterized by paternalist intervention, a radical era of liberalization in which market controls relinquished their purview, and a subsequent expansion of state authority under a reformulated regulatory regime. [...] In these three cities – at different moments and under different circumstances – political revolutions built on liberal ideals replaced the paternalist state with a new deregulated marketplace in which supply and demand rather than government edict directed [...] provisioning. [...] In each case, the paternalistic model came in direct conflict with the new liberal political economy [...].“<sup>24</sup>

Diese Transition habe, so das Fazit, die städtische Versorgung zentral betroffen und insbesondere die qualitative Versorgung mit Lebensmitteln in allen drei Städten nachhaltig verschlechtert.<sup>25</sup>

In Paris beziehungsweise Frankreich sowie in Teilen des Deutschen Reiches des späten 18. Jahrhunderts, in New York City und Mexico City im frühen 19. Jahrhundert mehrten sich die Debatten um die Grundprinzipien der Lebensmittelpolitik. In allen drei Städten warben Stimmen dafür, die Fleisch- und Brotversorgung urbaner Bevölkerungen von paternalistischen Regulierungen zu befreien und sie stattdessen der „natürlichen Ordnung“ von Angebot und Nachfrage, dem „freien“ Markt, zu überlassen.<sup>26</sup> Dies führte zu einer mehr oder minder radikalen Abschaffung von Marktordnungen und regulierender Intervention seitens staatlicher und städti-

scher Behörden einerseits und zu einer zeitlich verzögerten partiellen Re-regulierung und Rückkehr politischer Eingriffe im Lauf des 19. Jahrhunderts andererseits. In jedem Fall hatte diese Oszillation zwischen den Extremen direkte Auswirkungen auf die Lebensmittelversorgung der Stadtbewohner\*innen.

Diese Entwicklung kann als die von Karl Polanyi beschriebene Doppelbewegung zwischen der Entbettung des Marktes aus „moralisch“ begründeten Rahmenbedingungen und dessen (Wieder-)Einbettung interpretiert werden.<sup>27</sup> Laut Polanyis Theorie kam es ab dem späten 18. Jahrhundert in Westeuropa und Nordamerika zu einem „Wechsel von geregelten zu selbstregulierenden Märkten“. Demnach waren alle „Wirtschaftssysteme bis zum Ende des Feudalismus in Westeuropa durch Prinzipien der Reziprozität und Redistribution“ geregelt und diese Prinzipien „mit Hilfe gesellschaftlicher Organisationen institutionalisiert“.<sup>28</sup> Dies wurde, so Polanyi, unter anderem durch eine Neubewertung der Beziehung von Gesellschaft und Markt bzw. von Regulation und Deregulation erodiert. Als treibende Kräfte benennt Polanyi die wirtschaftsliberalen Denkströmungen um Adam Smith, die den Grundstein der Konzeptualisierung der Gesellschaft „as atomistic and driven by self-interested ‚Economic Man‘“ legten.<sup>29</sup> Das Ergebnis dieses Prozesses war nach Polanyi die Schaffung eines „freien“, selbstregulierten Marktes, in der die Wirtschaft „nicht mehr in sozialen Beziehungen eingebettet [ist], sondern die sozialen Beziehungen [...] in das Wirtschaftssystem eingebettet [sind]“.<sup>30</sup> In der grundlegenden Annahme, dass die Unterwerfung unter den freien Markt sowohl Natur als auch Gesellschaft zerstören würde, rief dies Schutzbestrebungen gegen den selbst-regulierten Markt hervor, die Polanyi als „Gegenbewegung“ bezeichnet.<sup>31</sup>

Die Lebensmittelversorgung großer Metropolen wie Paris, New York City oder Mexico City sowie die politischen Diskussionen um Nahrungsproduktion und -verteilung allgemein um 1800 können damit als zentrale Schauplätze der Polanyischen Doppelbewegung zwischen Entbettung und Einbettung, zwischen reguliertem und selbstreguliertem Markt betrachtet werden. Die Prozesse der Liberalisierung zwischen 1770 und 1860 hatten in weit voneinander entfernt liegenden Städten und Regionen ähnliche Auswirkungen auf die Organisation der Versorgung, auf die Produktion von Nahrung, auf deren Qualität, auf die Nahrungsdistribution und generell auf den alltäglichen Zugang breiter Bevölkerungsschichten zu ausreichender und gesunder Nahrung. Hingegen kam Ferdinand Oppl in der einzigen Arbeit, die sich einschlägig mit der Versorgung Wiens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beschäftigt, zu einem deutlich anderen Ergebnis. Er ging in dieser fast 40 Jahre alten Studie zum einen von den aus der Wiener Verzehrungssteuer gewonnenen stagnierenden Einfuhrdaten für Getreide aus und setzte sie zum anderen in Beziehung zur Entwicklung der städtischen Verwaltung und der Administration der großen Zentrallebensmittelmärkte. Vor diesem Hintergrund argumentierte Oppl:

„Obwohl in diesem Zeitraum die Einwohnerzahl Wiens geradezu explodierte, [...] wurde an den Methoden der Versorgung der Stadt nichts geändert, sie verlief vielmehr weiterhin in den alten, überkommenen, total unzureichenden Bahnen und musste bei der geringsten Störung, etwa durch Missernten, in allergrößte Schwierigkeiten kommen. Für die Epoche des Vormärz dürfen wir auch für den Bereich der Approvisionierung unserer Stadt einen Satz von Adolf Beer vollinhaltlich übernehmen: ‚Mit Ausnahme der Türkei dürfte die Geschichte wohl kein Analogon bieten, dass ein Staatswesen mehr als ein volles Menschenalter verstreichen ließ, ohne auf irgendeinem Gebiete der Verwaltung eine nennenswerte, die staatlichen Interessen fördernde Reform vorzunehmen.‘“<sup>32</sup>

Diese Darstellung erscheint angesichts der Ergebnisse der jüngeren internationalen Forschung zweifelhaft. Das verlangt nach einer genaueren Untersuchung der politökonomischen Diskurse, die sich um die Nahrungsversorgung im Wien des frühen 19. Jahrhunderts entspannten. War die drittgrößte Metropole des europäischen Kontinents isoliert von den politökonomischen Debatten in Paris oder New York City? blieb ausgerechnet die Hauptstadt der Habsburgermonarchie von Entbettungsprozessen im Sinne Polanyis verschont?

## Politische Ökonomien der Versorgung Wiens

Es zeigt sich, dass im Gegensatz zu Oppl's Einschätzung auch in Wien, wie in Paris oder New York City, ein paternalistisches Modell der Versorgung seit dem späten 18. Jahrhundert in direkten Konflikt mit den neuen liberalen Grundsätzen des freien Marktes geriet. Schon ältere Forschung aus den 1970er- und 1980er-Jahren weist darauf hin, dass in der Habsburgermonarchie zu einem ähnlichen Zeitpunkt wie in Frankreich die Lebensmittelversorgung als Widerstreit der Prinzipien von Regulierung und Deregulierung debattiert wurde.<sup>33</sup> Die Approvisionierung war aufgrund des starken Bevölkerungswachstums auch aus pragmatischen Gründen ein zentrales Thema. Nachdem die Hauptstadt seit den 1770er-Jahren eine Phase eher langsamen Bevölkerungswachstums erlebt hatte, setzte nach 1815 eine Periode rasanten Wachstums ein. Hatten die ersten Bevölkerungszählungen unter Maria Theresia etwa 200.000 Einwohner\*innen erfasst, so lebten um 1815 knapp 230.000 Menschen innerhalb des Linienwalls; ein dramatischer Anstieg war also nicht zu verzeichnen. Mit dem Ende der Napoleonischen Ära setzte hingegen ein dynamisches Bevölkerungswachstum ein. Um 1820 zählte Wien ca. 260.000 Bewohner\*innen, 1830 bereits 320.000 und um 1845 wurde die Marke von 400.000 Einwohner\*innen in Stadt und Vorstädten überschritten. Damit hatte sich die Einwohnerzahl Wiens, fast ausschließlich getragen durch Zuwanderung, innerhalb von knapp drei Jahrzehnten beinahe verdoppelt.

Hierin manifestierte sich die bis dato intensivste Phase der Urbanisierung.<sup>34</sup> Als Folge dieser Entwicklung zählte Wien während der Periode des Vormärz zu den am stärksten wachsenden Metropolen Europas und war ab der Jahrhundertmitte nach London und Paris die drittgrößte urbane Agglomeration des Kontinents.<sup>35</sup>

Wie in Paris entbrannte gleichzeitig innerhalb der staatlichen und städtischen Behörden in Wien während der 1770er-Jahre eine Auseinandersetzung zwischen Befürwortern eines intensiven staatlichen Eingriffs und Liberalisierungsanhängern. Dieses „Ringens des Prohibitivsystems mit dem Freihandel“ um die Nahrungsversorgung der Residenz sollte die Lebensmittelpolitik bis zum Ende des Vormärz bestimmen.<sup>36</sup> Grundsätzlich war die Nahrungsversorgung Wiens im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, wie in New York City, Paris oder Mexiko City, von einem System bestimmt, das die städtischen und staatlichen Behörden stark regulierten und beaufsichtigten. Geleitet von paternalistischen Grundsätzen der Prävention von Versorgungsengpässen und Hunger war „die oberste Richtschnur aller Marktgesetze möglichst große Wohlfeilheit der Lebensmittel für das konsumierende städtische Publikum“.<sup>37</sup> Um dies zu erreichen, kam eine Vielzahl von Regularien zum Einsatz, die den Zugang von Käufer- und Verkäufer\*innen zu den städtischen Märkten, deren Orte, Zeiten und Abläufe, die zugelassenen Waren und deren Quantitäten, Preise und Qualitäten festsetzten und überwachten. Ein komplexer Behördenapparat unter städtischer und landesfürstlicher Ägide beschäftigte eine Legion von Marktrichtern, Marktkommissären, Mehlmessern, Metzenleiher, Dolmetschern, Trägern, Brot- und Mehlbeschauern, Fleischbeschauern etc.

Vergleichbar mit New York City war die Versorgung damit eingebettet in ein weitreichendes System der Lebensmittelsatzung, das als zentrales Ordnungsmedium fungierte. Innerhalb dieses Rahmens waren auch die Produktion und der Verkauf von Brot/Backwaren streng reguliert. Die Versorgung Wiens war essentiell den „bürgerlichen Meistern“ der Wiener Bäckerzunft vorbehalten. Von landesfürstlichen Behörden und Magistrat lizenziert und innerhalb der handwerklichen Strukturen der Zunft ausgebildet, besaßen diese offiziell das Monopol auf die Brotversorgung der urbanen Konsument\*innen. Als zumindest organisatorisch relativ einheitlicher Körper bildeten die Vertreter\*innen der Zunft einen einflussreichen Block in den Gremien der städtischen Verwaltung und militärischen Verteidigung und waren teils prominente Mitglieder der städtischen Gesellschaft.

Im Gengenzug mussten sich die bürgerlichen Bäckermeister\*innen den Richtlinien des Satzungssystems und der Kontrolle der Behörden unterwerfen. Die Backgerechtigkeit wurde von Behörden und Verbraucher\*innen als öffentliche Aufgabe, als Amt, wahrgenommen, dessen Inhaber\*in nicht nur zur Ausübung berechtigt, sondern auch verpflichtet war – und behördlich verpflichtet werden konnte. So hing die Betriebserlaubnis für eine Bäckerei sowie deren Standort von behördli-

cher Genehmigung ab. Auch die Gebäcksproduktion unterlag strengen Richtlinien. Sowohl Verkaufspreise als auch die Qualität, das Gewicht und die Gebäcksorten wurde monatlich nach den Mehl- und Getreidepreisen des Wiener Marktes behördlich festgelegt und durch von der Zeche durchgeführte Probebackungen nochmals gegengeprüft. Die ärmeren Schichten der Bevölkerung erwarteten die Verfügbarkeit von preislich günstigen Grundnahrungsmitteln. Damit das stets gewährleistet blieb, richtete sich innerhalb dieses paternalistischen Systems das Brotgewicht, nicht aber der Brotpreis nach den Getreide- und Mehlpreisen des Wiener Marktes. Die Bevölkerung musste stets die kostengünstige Gebäckform kaufen können, daher waren die Zunftbäcker\*innen verpflichtet, zu jeder Zeit Kreuzerbroten anzubieten; des Weiteren mussten sie kontinuierlich einen Monatsvorrat an Mehl lagernd haben. Um die Einhaltung der Satzungspreise und -gewichte sowie anderer Regeln, etwa der vorschriftsmäßigen Sperrstunde, zu überprüfen, kamen ab 1805 verstärkt fixbesoldete Kontrolleure zum Einsatz, die unangekündigt vor Ort in den Backstuben der Bäcker\*innen die Qualität der Rohstoffe und die handwerkliche Verarbeitung der Endprodukte testeten und Verstöße gegebenenfalls meldeten. Zusätzlich hatten die Bäckermeister\*innen ihre Produkte mittels des „Brotstupfers“, einer in das Gebäck einzubrennenden individuellen Nummer, zu kennzeichnen, um sowohl hervorragende als auch ungenügende Produkte für Kund\*innen und Behörden zu identifizieren. Zu diesen von den städtischen und staatlichen Behörden erlassenen Regeln kamen noch Richtlinien der Innung hinzu. Sie betrafen beispielsweise die Qualifikationen, Arbeitsabläufe und die erlaubten Gebäcksorten, die Unterbringung, Besoldung und Versorgung der Gesellen sowie deren Arbeitsbefugnisse.<sup>38</sup>

Diese weitgehende Regulierung wurde ab dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts zunehmend in Frage gestellt und teilweise abgeschafft. Die Zulassung von hofbefreiten Gewerbetreibenden war über den Nahrungsmittelsektor hinaus ein Mittel der Konkurrenzförderung, das die staatlichen Autoritäten im Lauf des 18. Jahrhunderts einsetzten, um ihre Kontrolle über die urbane Verwaltung zu verstärken. Damit wollten sie die von den städtischen Behörden unterstützte Vorherrschaft der Zünfte eindämmen.<sup>39</sup> Schon in der Betriebszählung von 1736 wurden neben 64 zünftigen Bäckereien innerhalb der Linien 36 tolerierte Produzent\*innen außerhalb der Gilde gezählt; um 1830 konnte die Zahl der hofbefreiten Bäcker\*innen auf deutlich über 100 gestiegen sein.<sup>40</sup> Trotzdem repräsentierte „der Beginn der 70er-Jahre einen entscheidenden Wendepunkt“. Zuvor hatte „die Idee einer autoritativen, streng zentralistischen Leitung des ganzen Gewerbewesens“ vorgeherrscht, die von der Gewährung hoheitlicher Privilegien als Grundsatz der Lebensmittelpolitik ausging. Hingegen „setzte nun eine freiheitlichere, durch französische Einflüsse mitbedingte Gewerbepolitik“ ein. Die Richtungsänderung wurde dadurch begünstigt, dass 1771 ein Personalwechsel im Staatsrat erfolgte.<sup>41</sup> Getragen unter anderem von

Karl von Zinzendorf mehrten sich im Lauf der folgenden Jahrzehnte die Stimmen innerhalb der obersten staatlichen Gremien, „allen Handwerks- und Meisterschaftszwang aufzuheben und die natürliche Freyheit jedes Bürgers, sein Brod auf was für erlaubte Art er will, eben so auch bey uns herzustellen, wie jetzt in Frankreich mit wahrem Ernst daran gearbeitet wird“.<sup>42</sup>

So agierten, ähnlich wie in Paris, wirtschaftsliberale Vertreter nach 1770 innerhalb einer „liberalen Propagandaoffensive“ gegen den „größtenteils übertriebenen [...] unangenehme[n] Zwang“ der Wiener Marktregulierungen und des Satzungs-systems.<sup>43</sup> Hauptaugenmerk der liberalen Politik lag während dieser „ersten großen Etappe in der Entwicklung der Gewerbefreiheit“ vor allem darauf, die Wiener Marktordnung hinsichtlich der Zufuhrerlaubnis ländlicher Produzent\*innen zu deregulieren.<sup>44</sup> Seit 1775 wurden diese graduell von vormals strengen zeitlichen und räumlichen Beschränkungen befreit, um „durch solche gänzliche Freyheit, die größtmögliche Wohlfeilheit“ hervorzubringen.<sup>45</sup> Die unter Joseph II. erlassene Marktordnung von 1776 hob zahlreiche Beschränkungen auf und gewährte sowohl den ländlichen Produzent\*innen als auch insbesondere Mittelsmännern und Zwischenhändler\*innen weitgehende Befugnisse der Einfuhr und des Weiterverkaufs von Waren in der Stadt. Ab circa 1780 strebten der Kaiser und seine Berater mit der Abschaffung des Systems der Satzungspreise sogar die totale Liberalisierung des Versorgungssystems der Hauptstadt an. 1775 war die Hofkanzlei mit dem Versuch einer Reform der Preissatzungen noch am Widerstand der Bäckerzunft und einiger städtischer Behörden gescheitert. 1781 erteilte der Kaiser den erneuten Auftrag, das gesamte Satzungssystem zu beseitigen, da es

„die natürliche Verfassung, die auch in anderen Staaten mit Erfolg beobachtet werde, sei [...] wenn man jedermann ohne Beschränkung gestatte, ‚Mehl und Brod von aller Gattung, Größe und beliebigen Gewicht, nur unter der Aufsicht der Polizey, damit für den Gesundheits-Stand keine Gefährde sich ergebe, frey auszubacken und zu verkaufen‘; wenn man ferner die freie Einfuhr des Landbrots in die Stadt erlaube und den Handel mit ‚Mehl, Grieß und Grützlerey-Gattungen‘ gänzlich freigebe. ‚Bey dieser freyen Concurrrenz würde am sichersten das Publicum die wohlfeilsten Preise immer erhalten.‘“<sup>46</sup>

Fünf Jahre später beseitigte Joseph II. die rechtliche und ökonomische Unterscheidung zwischen den Bäckermeister\*innen in der Stadt und in den Vorstädten. Letztere durften nun auch Gewerbe im Stadtgebiet innerhalb des Glacis eröffnen. Gleichzeitig wurde damit auch die obrigkeitliche Zuweisung bestimmter Bezirke für Gewerbetreibende aufgehoben.<sup>47</sup> Ende der 1780er-Jahre intensivierte der Kaiser seine Bemühungen, dem Ratschlag Zinzendorfs zur Herstellung einer „allen Zwangs entledigten freyen Concurrrenz“ nachzukommen. Mit 1. Jänner 1788 ordnete er die weitgehende Liberalisierung des Wiener Marktes vom Satzungssystem an.<sup>48</sup>

Gleichzeitig mit den Bestrebungen von Teilen der Hochbürokratie und des Kaisers, den Wiener Lebensmittelmarkt zu deregulieren, brachte sich die Gegenbewegung in Position. Diese wurde sowohl von den Gewerbetreibenden selbst als auch von Anhängern staatlicher Regulation in landesfürstlichen und städtischen Gremien, insbesondere der Niederösterreichischen Landesregierung und dem Wiener Magistrat, getragen. Bereits 1777 und 1778 petitionierte die Wiener Bäckerzunft vor Kaiserin Maria Theresia gegen die „gewerbefreiheitlichen Tendenzen der Hofkanzlei“ und wirkte erfolgreich gegen die Liberalisierung von Gewerbe- und Backbefugnissen.<sup>49</sup> 1781 sprachen sich Magistrat und Landesregierung für eine Rückkehr zur stärker regulierten Marktordnung von vor 1775 aus, da die „Freigabe des Wiederverkaufs [...] für die eingetretene Preissteigerung der Marktwaren“ verantwortlich sei.<sup>50</sup> Noch im selben Jahr hatten sich einige Mitglieder der Regierung besorgt gezeigt, dass die Aufhebung von Bäckerzunft und Brotsatzung die Versorgung der Stadt gefährden könne:

„Solange das Handwerk der burgerlichen [sic!] Bäcker [...] bestehe, sey wenigstens allezeit jemand verbunden, das Publikum zu versehen und sie könnten, wenn sie es nicht gutwillig thun, hierzu von der Obrigkeit verhalten werden, weil sie deswegen bey ihrem ausschließenden Rechte erhalten, und gegen Stöhrerei und Professions-Eingriffe geschützt werden. Die künftigen Unternehmer des Mehl und Brodverkaufs, welche wegen der allgemeinen Freyheit mit keinem ausschließenden Rechte versehen werden, können aber [...] sich zu keiner solchen allemaligen und hinlänglichen Versehung des Publicums verbinden [...]“<sup>51</sup>

Mit dieser Warnung die Weisung des Kaisers abschwächend gelang es der Niederösterreichischen Landesregierung 1781 noch, die Abschaffung der staatlichen Regulation zu verhindern. Sie beschloss nur die freie Mehl- und Brotlieferung ländlicher Produzent\*innen nach Wien. 1783 hob der Staatsrat nach einem Reformvorschlag der Hofkanzlei zwar die obrigkeitliche Limitierung der Zahl der Bäckermeister\*innen innerhalb der Stadtgrenzen Wiens auf, erteilte allerdings gleichzeitig dem Magistrat die Aufgabe, Gewerbeverleihungen nur dem Lokalbedarf entsprechend zu vergeben.<sup>52</sup> Versorgungsengpässe ungarischen Getreides nach Wien während des Krieges mit dem Osmanischen Reich 1788 sowie die Revolution in Frankreich ab 1789 verstärkten die Argumente der Gegenbewegung um 1790 und brachten die drastischen Liberalisierungsmaßnahmen der zwei vergangenen Jahrzehnte weitgehend zum Erliegen. Unter dem Eindruck steigender Lebensmittelpreise, die bereits im Juli 1788 „sonst nicht gewöhnliche“ Gewalttätigkeiten gegen die Bäcker, sogar wirkliche Plünderungen ihrer Läden zur Folge hatte[n], und der Umwälzung der politischen Verhältnisse in Paris wuchs die Kritik an der Deregulierung der städtischen Versorgung auch innerhalb der obersten Regierungsstellen zunehmend.<sup>53</sup> Bereits Anfang

1790 warnte der Niederösterreichische Regierungspräsident Johann Anton von Pergen vor den Folgen der Liberalisierung:

„Die Wohlfeilheit in dieser Residenzstadt steht mit der Ruhe und Sicherheit in engster Verbindung und die dermaligen Umstände erfordern hierin alle mögliche Thätigkeit, die Theuerung der unentbehrlichen Lebensmittel beunruhigt alle Innwohner, zumal da allgemein die Ursache hievon den von Eurer Majestät allzusehr ausgedehnten Freyheitssätzen zugeschrieben wird, wodurch alle vormalige Ordnung und guten Anstalten zu sicherer und so viel möglich wohlfeileren Verpflegung des hiesigen Publici zerfallen sind. [...] [S] o entsteht hieraus ein gefährliches Murren; die Begierde, mit welcher hier in allen Gast und Wirthshäuern die Zeitungen über die Vorfällenheiten in Frankreich gelesen werden, worinn immer die Theuerung und der Mangel zum Grunde der ersten Revolution angegeben werden [...].“<sup>54</sup>

Diese kritische Position setzte sich um 1790 auch in der Hofkanzlei durch. Sie unterstrich „die Notwendigkeit einer Zurücknahme aller von Joseph II. in der Lebensmittelpolitik getroffenen Anordnungen“ und setzte sich dafür ein, die Versorgung wieder in die vormals bestehenden Regularien einzubetten.<sup>55</sup> Bereits im Frühjahr 1790 wurde der politische Druck so groß, dass der Kaiser kurz vor seinem Tod den Großteil seiner liberalen Reformen widerrief. 1792 wurde eine neue Wiener Marktordnung erlassen, die einen Sieg der Liberalisierungsgegner innerhalb der staatlichen Behörden repräsentierte. Sie brachte eine weitgehende Rückkehr zum Status quo ante, der auch während der folgenden Jahrzehnte weitgehend seine Gültigkeit behielt.

Obwohl die liberale Kritik am regulierten Versorgungssystem gegen Ende der Koalitionskriege wieder aufblühte, nun zunehmend in der Frage der allgemeinen Gewerbepolitik, kann die Zeit des Vormärz als Pattsituation zwischen den Beschützer\*innen des regulierten und den Proponent\*innen des „freien“ Marktes bezeichnet werden. „Während des nun folgenden Tauziehens zwischen den Gegnern und Befürwortern der Gewerbefreiheit“ verdeutlichte sich, so Günter Chaloupek, in der allgemeinen Gewerbepolitik vor 1848 der „Zwiespalt der Staatsführung zwischen Konservatismus und Beharrung einerseits und Fortschritt und Modernisierung andererseits“.<sup>56</sup>

„Diesem Umstand ist es zuzuschreiben [...] daß dieser provisorische Kompromiß zwischen dem beschränkenden Polizeigeist Franz' II. und den wirtschaftsfreiheitlichen Grundsätzen seiner Hofstellen nicht nur die letztlich erfolglosen Beschränkungsversuche des Kaisers [...], sondern auch die Bestrebungen seiner Hofstellen nach einer Erweiterung der ‚Industrialfreiheit‘ [...] ohne wesentliche Veränderung überdauert hat.“<sup>57</sup>

Während zum Beispiel die liberal dominierte Hofkammer 1831 die „Beseitigung der Hindernisse, die dem Gewerbsbetriebe selbst entgegenstehen“, als zentrale Maßnahme unterstrich, folgte Kaiser Franz tendenziell „den niemals nachlassenden Klagen von seiten der Zünfte, daß die Liberalität [...] die Ursache der unbefriedigenden Absatzlage sei [...]“.<sup>58</sup> In diesem Kontext trat die Wiener Bäckerinnung weiterhin für die Aufrechterhaltung ihrer Zunftprivilegien und der Beschränkung der Konkurrenz ein, jedoch mit wechselndem Erfolg. Während für den Magistrat die Erhöhung der Zahl der Gewerbebefugnisse innerhalb des Stadtgebietes ein „dringendes Bedürfnis“ war, um die Versorgung der wachsenden Metropole zu sichern, protestierte die Zunft kontinuierlich gegen die Vergabe weiterer Meisterrechte.<sup>59</sup> So ging sie etwa 1819 per Rekurs gegen die vom Magistrat ausgegebene Gewerbeberechtigung des Bäckers Martin Weick(h)art vor, die in der Folge anscheinend tatsächlich zurückgezogen wurde. Die Backstube des besagten Martin Weick(h)arts findet sich allerdings in den Verzeichnissen der Meisterbäcker Wiens 1833 und 1847 wieder.<sup>60</sup> 1833 und 1834 petitionierten die bürgerlichen Bäcker\*innen an der Seite des Wiener Magistrats und der niederösterreichischen Landesregierung allerdings für die Aufhebung der 1831 vom Kaiser verordneten Sperre von Gewerbsverleihungen in Wien. Diese würde, so die Argumentation, den Gesellen der Bäcker\*innen die Erlangung des Meisterrechts und Eröffnung eines eigenen Gewerbes verunmöglichen und sie zum Betreiben unlizenzierter Bäckereien außerhalb der Zunft veranlassen. Dies ließe „ernste Mängel in der Lebensmittelversorgung der Wiener Bevölkerung befürchten“ und würde die Kontrolle des Gewerbes durch Zunft und Stadt unterminieren.<sup>61</sup> 1837 richtete die Zunft eine elaborierte Eingabe zur Wiedereinführung der 1809 aufgehobenen Beschränkungen und Kontrollen der satzungsbereiten Landbäcker\*innen und deren Broteinfuhr nach Wien an die niederösterreichische Landesregierung. Die hier vorgebrachten Argumente wider die „freie Konkurrenz [als] das Lösungswort unserer Zeit“ wurden in einer detaillierten Bittschrift an den Magistrat 1848 im Kern wiederholt.<sup>62</sup> Auch in den erneuten Debatten über eine liberalisierende Reform der Gewerbeordnung ab den frühen 1830er-Jahren konnte sich keine der Parteien durchsetzen, Entwürfe 1840 und 1846 wurden ebenfalls zurückgezogen oder gelangten nicht über den Status der Begutachtung hinaus.<sup>63</sup> Erst der Neoabsolutismus nach 1848 „als Vollender der bereits unter Maria Theresia und Joseph II. eingeleiteten Reformen [...], die während des franzeischen und vormärzlichen Regimes eine Unterbrechung erfahren hatten“, leitete den grundsätzlichen „Wechsel des Prinzips der Gewerbepolitik vom Monopol zur freien Konkurrenz“ ein. Die partielle Reform der Brotsatzung 1849 und die liberale Gewerbeordnung von 1859/60 waren Ausdruck der vorläufigen Niederlage der Gegenbewegung.<sup>64</sup>

Für die Brotversorgung bedeutete dieser fortwährende „Kompromiß zwischen Freiheit und Gebundenheit“<sup>65</sup> einerseits die grundlegende Beibehaltung des regulierten, von der Bäckerzunft dominierten Versorgungssystems bis 1848 bzw. 1860, andererseits jedoch die zunehmende Genehmigung konkurrierender Produzent\*innen und Verkäufer\*innen, insbesondere in den Vorstädten außerhalb des Stadtgebiets. Die Versorgung Wiens blieb also, anders als etwa die Fleischversorgung von New York City, bis zur Jahrhundertmitte grundsätzlich in ein System kleinteiliger Bestimmungen und Regularien eingebettet. Sie überwachten die Gewerbeberechtigungen, räumliche Aspekte der Geschäftsgründung, Gebäckformen, individuelle Backberechtigungen spezifischer Gebäckarten, Lebensmittelqualität und Arbeitsvorgänge. Im Vergleich zu New York City blieben die Marktregularien weitgehend aufrecht und scheiterte eine Reform der Gewerbeordnung vor 1848 am erfolgreichen Widerstand der Gegenbewegung gegen die Entbettung der Lebensmittelversorgung. Ähnlich wie in Paris hatten die Proponenten des „freien“ Marktes allerdings seit den 1770er-Jahren „liberale Breschen“ in die Institutionen des Satzungssystems geschlagen, besonders in Form zentraler Befugnisse für ländliche Erzeuger\*innen und Zwischenhändler\*innen.<sup>66</sup>

Der folgende Abschnitt wird die Auswirkungen der Doppelbewegung zwischen Regulation und Liberalisierung auf die Lebensmittelversorgung untersuchen, indem er sie im Kontext starken Bevölkerungswachstums während des Vormärz betrachtet. Die Analyse beschränkt sich auf einen Teilaspekt, die Geografie der Brotversorgung. Es werden für die Jahre 1815 und 1847 die Standorte der Bäckereien lokalisiert, die zur Zunft der Wiener Bäckermeister gehörten. Ziel ist es festzustellen, ob und inwiefern die Aufrechterhaltung des regulierten Versorgungssystems den räumlichen Zugang breiter Bevölkerungsschichten zu Grundnahrungsmitteln gewährleisten konnte, oder ob dieser sich, wie in New York City, im Zuge drastischen Bevölkerungswachstums verschlechterte. Wie der Überblick über den Forschungsstand gezeigt hat, ist dies nur ein Ausschnitt der zu untersuchenden Aspekte. Fragen nach wirtschaftlichen Kennzahlen wie Preisen, nach der Qualität der angebotenen Nahrungsmittel oder nach individuellen Produktionsleistungen der Standorte kann dieser Artikel aufgrund der verwendeten Quellen nicht nachgehen.

## Infrastruktur der Brotversorgung

Die Brotversorgung Wiens wurde 1815 von 161 Meisterbetrieben der Wiener Bäckerzunft getragen. Die geografische Verteilung folgte, wie der Vergleich räumlicher Verteilungsstrukturen zeigt, grundsätzlich der Verteilung der Bevölkerung. Die eigentliche Stadt Wien, der heutige erste Bezirk, wies mit ca. 55.000 Einwohner\*innen und

24 Bäckermeistern der Gilde die höchste Anzahl der einzelnen grundherrschaftlichen Verwaltungsgebiete auf, allerdings befand sich zu Beginn der 1830er-Jahre damit nur noch etwa jede achte offizielle Backstube innerhalb der Stadtmauern. Rund die Hälfte der Betriebe (84) bestand in den dicht besiedelten westlichen Vorstädten der heutigen Bezirke VI bis IX, wo mit über 105.000 Bewohner\*innen ungefähr die Hälfte der Bevölkerung Wiens lebte. Weitere 21 Bäcker\*innen (13 Prozent) hatten ihre Werkstätten im Bereich der zusammen etwa 30.000 Einwohner\*innen zählenden Bezirke IV und V südlich des Wienflusses. Ein Zehntel der Mitglieder der Zunft (16) waren im heutigen III. Bezirk (ca. 20.000 Seelen) angesiedelt und ein weiteres Zehntel (15) arbeitete jenseits des Donaukanals in der Leopoldstadt und der Jägerzeile, wo ebenfalls etwa 20.000 Menschen lebten.

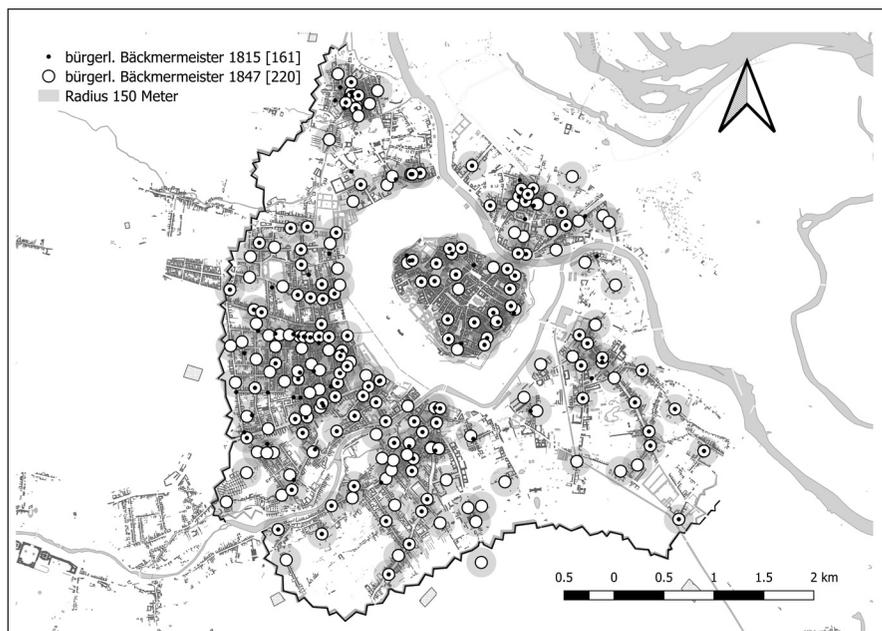


Abbildung 1: Bürgerliche Bäckermeister Wiens, 1815 und 1847<sup>67</sup>

Die kleinräumige Verteilung der Backstuben weist allerdings deutliche Unterschiede auf. Im Bereich der Bezirke III bis V sowie im nördlichen Teil des IX. Bezirks siedelten sich die Bäckermeister\*innen der Innung erkennbar häufig an den radialen Ausfallstraßen an, vor allem entlang der heutigen Landstraßer Hauptstraße, der Wiedner Hauptstraße und der Liechtensteinstraße, aber auch an der Erdbergstraße, der Ungargasse, der Margaretenstraße und der Schönbrunner Straße. Obwohl an der Gumpendorfer und der Mariahilfer Straße sowie insbesondere entlang der Neustiftgasse ähnliche Konzentrationen von Bäcker\*innen erkennbar sind, finden sich

im Bereich der Bezirke VI bis IX deutlich mehr Produktionsorte auch abseits der Hauptstraßen in den Querstraßen der Wohn- und Gewerbegebiete. Im Bereich der Leopoldstadt hingegen fällt eher eine Clusterbildung nördlich des heutigen Karmeliterplatzes auf. Wenige Bäcker\*innen sind erwartungsgemäß in den Teilen des Stadtgebietes zu finden, die um 1815 noch kaum bebaut waren, so zum Beispiel in den randständigen, von Adelspalais und Gartenwirtschaft dominierten Teilen des III., IV. und V. Bezirks in der Nähe des Linienwalls, dem äußersten Bereich des VI. Bezirks, der Rossau sowie Michelbeuerns und dem nördlichen Teil der Leopoldstadt im Bereich der heutigen Unteren Augartenstraße.

Eine noch genauere Betrachtung der räumlichen Verteilung der Bäckermeister\*innen Wiens gibt einen detaillierten Einblick in die alltäglichen Praktiken und die Infrastruktur der Nahrungsversorgung um 1815. Neben der relativ gleichmäßigen Verteilung über das Stadtgebiet fällt die Platzierung der Bäcker\*innen an strategisch günstigen Positionen auf. Zunftbäcker\*innen nehmen nicht nur zentrale Lagen an den großen, verkehrsreichen Einfallstraßen ein, sondern finden sich oft an Standorten, die auf ein hohes Ausmaß an Lauf- oder Stammkundschaft schließen lassen. Ins Auge springen dabei etwa die gegenüberliegenden Bäckereien von Franz Höld und Franz Keppler direkt vor der Ferdinandsbrücke am Beginn der Praterstraße; ganz ähnlich positioniert waren Joseph Neubauer und Kaspar Schmid am Beginn der Wiedner Hauptstraße. Die Meister Franz Arnold (St. Marx), Michael Hart (Matzleinsdorf), Anton Pruner/Brunner (Hundsthurm), Michael Keßler und Michael Wagner (Gumpendorf) oder auch Georg Hartmann (Altlerchenfeld) betrieben ihre Backstuben in direkter Nähe der Tore des Linienwalls. Ähnliche Verteilungsmuster finden sich in der Stadt am Kärntnertor, am Stubentor, am kanalseitigen Ende der heutigen Rotenturmstraße und an der Schottenbastei. Ein weiterer günstiger Faktor für die Positionierung einer Bäckerei war die Nähe zu administrativen, militärischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Institutionen. Die Meister Regenhart, Krehau/Krehan und Schimpf verkauften ihre Produkte in direkter Umgebung des Schottenstifts und der Freyung; nicht nur Joseph Leppichs Laden lag in Sicht- und Gehweite der militärischen Komplexe im Bereich des Salzgries; k.k. Hofbäcker Joseph Eberl stellte sein Sortiment fast unmittelbar hinter der k.k. Haus-, Hof- und Staatskanzlei her; Johann Fleckensteins Gebäck wurde direkt im Lichtenthaler Brauhaus gebacken; Valentin Nerber und Joseph Kreuzer versorgten möglicherweise sowohl die Behandelnden und Behandelten des Allgemeinen Krankenhauses als auch die in der Infanteriekaserne stationierten Soldaten in der Alservorstadt; Ludwig Beyerl und Nikolaus Willmy standen in der Servitengasse in direktem Wettbewerb um die Kund\*innen in der Roßau; Andre Kunkel hingegen hatte mit seiner Bäckerei beim Holzmagazin und Steinkohlemarkt am heutigen Heumarkt wenig stationäre Konkurrenz. Die Strategie der zentralen Positionierung lässt

sich ebenfalls in den Wohn- und Gewerbegebieten beobachten. Sowohl Peter Planer am Albertplatz (Breitenfeld) als auch Johann Hartmann in der Weißgerbervorstadt hatten prominente Lagen innerhalb der jeweiligen Nachbarschaften gewählt. Dedi-ziert ungünstige Lagen scheinen im Kontrast der Stephansplatz, der Graben und der Hohe Markt gewesen zu sein. Nachdem sich hier die Marktplätze der Stadt befanden und Brot und Backwaren von Brotsitzer\*innen an Ständen verkauft wurden, war die Eröffnung eines Geschäfts in diesen Bereichen offenbar nicht profitabel.<sup>68</sup>

Die räumliche Analyse der Bäckereistandorte im Jahr 1815 lässt damit nicht nur eine Infrastruktur des Nahrungszugangs erkennen, die im gesamten Stadtgebiet relativ ausgeglichen war, sondern gibt auch einen detaillierten Einblick in die alltäglichen Praktiken der Nahrungsbeschaffung der Wiener Bevölkerung. Die zahlreichen Meisterbäckerbetriebe der Zunft an den Radialstraßen, an verkehrsgünstigen Punkten wie Brücken oder Plätzen in Wohn- und Gewerbegebieten sowie in direkter Umgebung zentraler öffentlicher Einrichtungen zeigen die hohe Präsenz von Bäcker\*innen im Stadtgebiet. In fast allen Bereichen Wiens, mit Ausnahme von Teilen der Roßau und der heutigen Bezirke III, IV und V, war die nächste Filiale eines Zunftbäckers weniger – oder nur wenig mehr – als 150 Meter entfernt und damit bequem fußläufig erreichbar. Der Großteil der Bevölkerung Wiens konnte, zumindest in Bezug auf die räumliche Verteilung, seinen täglichen, mehrtägigen oder wöchentlichen Brot- und Backwareneinkauf abseits der zentralen Marktplätze ohne großen zeitlichen Aufwand erledigen – auf dem Weg zur Arbeit, am Weg nach Hause oder bei Bäcker\*innen um die Ecke.

Diese Situation änderte sich bis 1847 grundsätzlich wenig. Der Vergleich der Verteilung der Bäckermeister\*innen mit 1815 hebt die relative räumliche Kontinuität des regulierten Systems hervor. Bis zur Mitte des Jahrhunderts war die Zahl der Bäcker\*innen graduell um mehr als ein Drittel, auf 220, erhöht worden. Die überwiegende Zahl der 1847 aktiven Betriebsstätten war bereits 1815 genutzt worden, wenn auch von anderen Betreiber\*innen. Deutlich erkennbar ist ebenfalls die topographische Ausbreitung der Bäckerzunft in die Zentren des Bevölkerungswachstums und in neu besiedelte bzw. bebaute Bereiche der Stadt. Dies trifft vor allem auf die am dichtesten besiedelten westlichen Vorstädte, die Wieden und die Leopoldstadt, weniger auf den Bereich der Landstraße sowie die Innere Stadt zu. Während sich die Zahl der Bäckermeister\*innen bis 1847 im gesamten Bereich der heutigen Bezirke VI bis IX um 18 vermehrte, siedelten sieben neue Gewerbetreibende im zweiten Bezirk, acht im III. und 18 neue Mitglieder der Zunft eröffneten Backstuben im Bereich der heutigen Bezirke IV und V. Auch die Positionierung der neuen Läden folgte ähnlichen Geschäftstaktiken wie 1815. Die Bäcker\*innen siedelten sich entweder in verkehrsgünstigen Lagen, zum Beispiel am Glacis in der Alservorstadt, entlang der heutigen Burggasse, der Margaretenstraße und den Hauptstra-

ßen der Leopoldstadt, oder in der Nähe zentraler Institutionen an. Carl Gerber etwa konnte seine Kund\*innen vor oder nach dem Gottesdienst in der Peterskirche in der Stadt mit frischem Gebäck und zur Weihnachtszeit mit „Kletzenbrot“ und „Leipziger Stollen“ versorgen,<sup>69</sup> Martin Weick(h)arts Klientel bestand wahrscheinlich aus den Besucher\*innen des etwa 100 Meter entfernten Theaters an der Wien. Weiterhin folgten die Bäckermeister\*innen der städtebaulichen Entwicklung und versorgten neu entstehende Wohn- und Gewerbegebiete wie beispielsweise Phillip Marckhart und Peter Spinner am in der Zwischenzeit bebauten Benno- und Albertplatz. Andere Produzent\*innen siedelten sich am Linienwall im VI. Bezirk, östlich des Schlosses Belvedere im heutigen Bereich des Elisabethviertels oder in unmittelbarer Nähe zu den Bahnhöfen südlich des Belvedere, außerhalb des Linienwalls an. Das vom Magistrat regulierte System mit genehmigungsbedürftigen Geschäftseröffnungen konnte also der räumlichen Expansion der Stadt bis 1847 folgen. Auch im späten Vormärz waren die flächenmäßige Abdeckung mit Bäckereien und damit die topographische Erreichbarkeit für die Bewohner\*innen gesichert.

Allerdings versteckt sich in der quantitativen Vermehrung der Zunftbäcker\*innen zwischen 1815 und 1847 eine weitere wichtige Entwicklung. Wie erwähnt, stieg die Zahl der Bäckermeister\*innen in der Stadt, insbesondere in den heutigen Bezirken IV und V zwar an, im Vergleich mit dem absoluten Bevölkerungswachstum fällt diese Zunahme der Meisterbetriebe allerdings unverhältnismäßig gering aus. Während die Zahl der Einwohner\*innen innerhalb des Linienwalls um etwa 170.000 anstieg, existierten 1847 insgesamt nur etwa 60 meisterliche Zunftbetriebe mehr als 1815. Entsprechend stieg die durchschnittliche Zahl der Einwohner\*innen, die jede\*r Bäcker\*in theoretisch hätte versorgen müssen. 1815 hatte ein\*e Zunftbäcker\*in im Durchschnitt noch etwa 1.450 Kund\*innen bedient, 1833 waren es bereits fast 1.800. Um 1847 war diese Zahl auf über 1.900 Einwohner\*innen gestiegen und erhöhte sich nach der Jahrhundertmitte weiter.

*Tabelle 1: Bevölkerung pro Bäckermeister\*in innerhalb des Linienwalls, 1815–1864<sup>70</sup>*

Jahr	Bäckermeister*innen	Bevölkerung	Bevölkerung/ Bäckermeister*in
1815	161	234.000	1.453
1827	175	304.000	1.737
1833	186	330.000	1.774
1839	197	354.000	1.797
1840	198	358.000	1.808
1847	214	414.000	1.935
1859	232	500.000	2.155
1864	261	559.000	2.142

Dementsprechend könnte sich die Versorgung der Bevölkerung über die Bäckermeister\*innen alleine bedeutend verschlechtert haben. Um 1805 verarbeitete ein „mittlerer Bäcker“ laut einer Berechnung der Zunft etwa 190 Tonnen Brotmehl pro Jahr, bis zur Mitte des Jahrhunderts könnte sich diese Zahl laut einer Statistik der Volkswirtschaft Niederösterreichs auf etwa 140 Tonnen verringert haben.<sup>71</sup> Damit könnte sich die pro Kunde bzw. Kundin durchschnittlich verfügbare Menge an von einem Bäckermeister bzw. einer Bäckermeisterin verarbeitetem Mehl von etwa 130 Kilogramm pro Jahr auf 65 Kilogramm vermindert haben. Geht man von einem relativ konstanten Ausbackverhältnis von Mehl und Brot aus, spräche dies für eine deutliche Verminderung der Warenmenge, die ein Bäckermeister der Zunft durchschnittlich anbieten konnte. Obwohl dies nur als sehr grobe Annäherung dienen kann, zeigt auch der internationale Vergleich, dass die lizenzierten, „bürgerlichen“ Bäcker\*innen Wiens theoretisch deutlich mehr Einwohner\*innen versorgten als in anderen urbanen Zentren. In New York City kamen im Kontext eines deregulierten Systems um die Jahrhundertmitte durchschnittlich 600–800 Kund\*innen auf einen Bäcker, jeder Fleischer versorgte im Zeitraum von 1790–1820 durchschnittlich etwa 500 Bewohner\*innen.<sup>72</sup> In Amsterdam buken um 1800 391 Bäckereien für die städtische Population von ca. 200.000, somit kamen, ähnlich wie 50 Jahre zuvor, etwa 500 Einwohner\*innen auf jede Backstube.<sup>73</sup> Der Vergleich deutet darauf hin, dass die Bäckerinnung Wiens im Lauf des Vormärz an Bedeutung innerhalb des städtischen *food system* verlor und zunehmend ein spezifisches Marktsegment abdeckte. Ähnlich argumentieren Dewilde und Poukens für Löwen/Leuven und Ringrose in Bezug auf Madrid. Erstere schätzen, dass die Bäcker\*innen der Zunft weniger als ein Drittel des Marktes bzw. Bedarfs abdeckten und bereits im 18. Jahrhundert der größere Teil der urbanen Versorgung von teils geduldeten, nicht lizenzierten Produzent\*innen und von Bäcker\*innen aus dem ländlichen Umland der Stadt beigetragen wurde. Ein analoges System existierte laut Ringrose in Madrid, wo neben den städtischen Bäcker\*innen sowohl eine königliche Großbäckerei als auch ländliche Konkurrent\*innen den Bedarf nach Grundnahrungsmitteln deckten.<sup>74</sup> Auf eine vergleichbare Entwicklung deutet die weiterführende Analyse des Versorgungssystems Wiens.

Abbildung 2 zeigt die von der Wiener Bäckerinnung 1815 erfassten 68 „Landbäcker“ außerhalb des Linienwalls, im weiteren Umkreis der Stadt. Klar ersichtlich ist das relativ große Einzugsgebiet Wiens auch in Bezug auf Bäckereiprodukte. Um 1815 umfasste dieses Hinterland nicht nur die eigentlichen Vororte Wiens, sondern erstreckte sich über Perchtoldsdorf, Mödling, Laxenburg, Himberg und Schwechat bis in die Dörfer des südlichen Umlands. Die Siedlungen nördlich der Donau und die kaum besiedelte Gegend direkt südlich der Stadt außerhalb des Linienwalls hingegen scheinen hier unbedeutend gewesen zu sein. Während in vielen der kleineren

Siedlungen immerhin je ein\*e oder zwei Bäckermeister\*innen ihre Produkte offen-  
 bar in die Hauptstadt verkauften, pflegten die Perchtoldsdorfer, Mödlinger, Schwe-  
 chat und Währinger Bäcker\*innen mit je drei inkorporierten Landbäcker\*innen  
 schon am Beginn des Jahrhunderts enge Beziehungen zum Wiener Markt. Auch  
 in Rudolfsheim, direkt außerhalb des Linienwalls, finden sich drei Bäckermeis-  
 ter. Damit siedelten zum Ende der Napoleonischen Kriege vor der Gumpendor-  
 fer und Mariahilfer Linie im Bereich des heutigen 15. Bezirks bereits mehrere  
 Landbäcker\*innen. Den „Hotspot“ bildete das Neulerchenfeld, „des Römischen  
 Reiches größtes Wirtshaus“, hier arbeiteten 1815 vier offizielle Landbäcker\*innen  
 und versorgten sowohl die Besucher\*innen der Gasthäuser als auch die nahe inner-  
 halb des Linienwalls lebenden Bewohner\*innen.

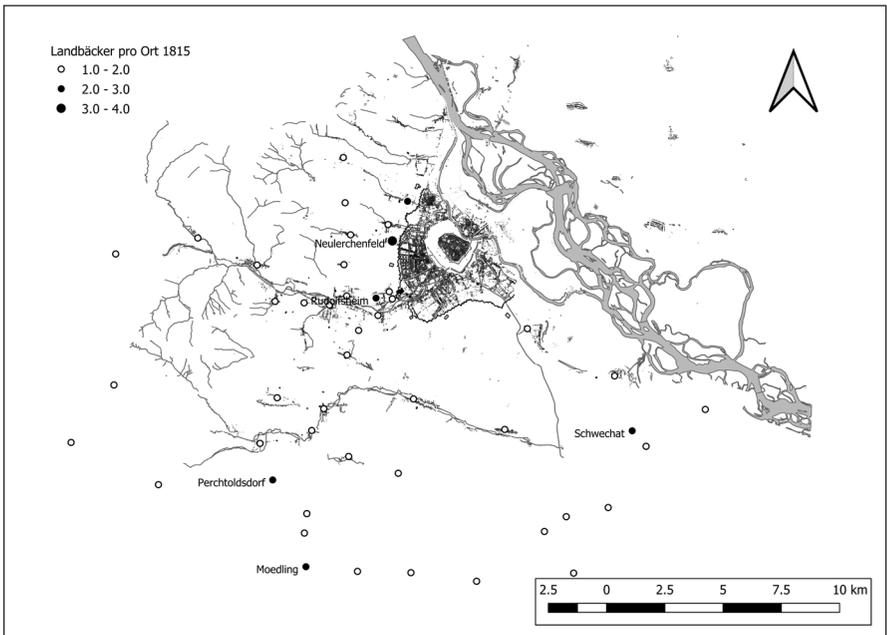


Abbildung 2: Landbäcker\*innen 1815<sup>75</sup>

Bezüglich der Lebensmittelversorgung lässt sich bereits hier ein gewisser Funkti-  
 onszusammenhang zwischen dem urbanen Gebiet innerhalb des Linienwalls und  
 dem eher ländlich geprägten Gebiet, vor allem direkt vor den Mauern, aber auch im  
 weiteren Umland erkennen. Insbesondere die Landbäcker\*innen Simmerings sowie  
 die am nördlichen Ufer des Wienflusses und in Neulerchenfeld spiegeln dies wider.  
 Für die Bäcker\*innen Schwechats, positioniert an einer der großen Handelsstraßen  
 nach Ungarn, lag wohl die Versorgung der Viehtriebe und Getreidehändler nahe;

die Landbäcker\*innen im Bereich des Wienflusses und Neulerchenfelds entzogen sich mit ihren Standorten den Belastungen der Verzehrungssteuer und profitierten dennoch von den nahegelegenen Wohn- und Gewerbegebieten. Im Gegensatz dazu scheinen die Mödlinger und Perchtoldsdorfer Bäcker\*innen mit feineren Gebäcksorten eher ein oberes Segment des Wiener Marktes bedient zu haben.<sup>76</sup>

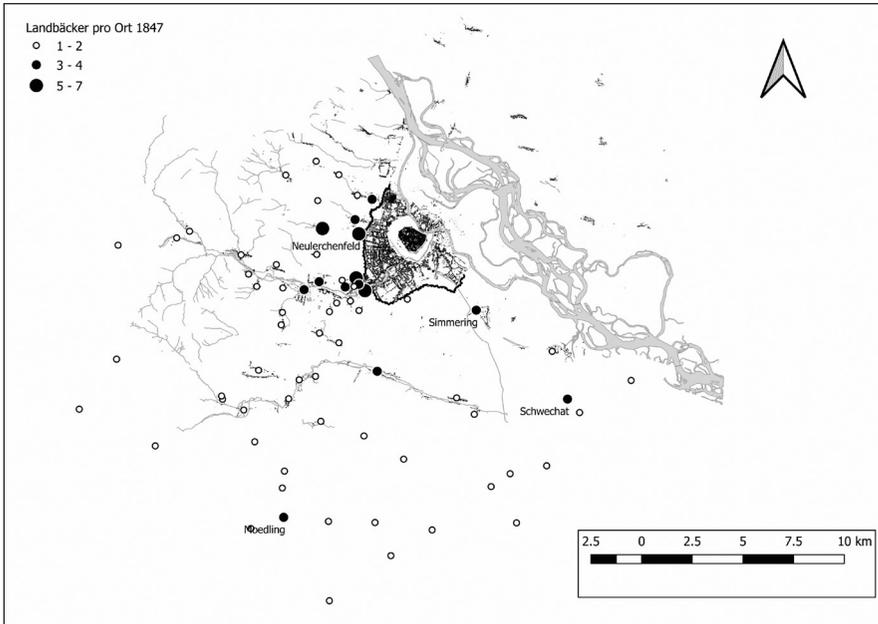


Abbildung 3: Landbäcker\*innen 1847<sup>77</sup>

Der Vergleich mit 1847 veranschaulicht die Entwicklung und Ausdifferenzierung eines zweiten, liberalisierten Versorgungssystems außerhalb des Linienwalls im frühen 19. Jahrhundert. Im Vorjahr der Revolution registrierte die Bäckerzunft 131 Konkurrent\*innen außerhalb des direkten städtischen Einflussbereichs, etwa doppelt so viele wie 1815. Wie Abbildung 3 zeigt, blieb Neulerchenfeld zwar die Ansiedlung mit den meisten Landbäcker\*innen, allerdings befanden sich nun allein im Bereich Gaudenzdorf-Fünfhaus-Sechshaus mehr als 20 legale Backstuben. Auch in Hernalz, Ottakring und Währing expandierte die Infrastruktur der Brotproduktion deutlich, nur leichte Zuwächse verzeichneten Simmering und Mödling. 1847 hatte sich außerdem ein Landbäcker außerhalb der Favoritenlinie in der Nähe der nicht auf der Karte dargestellten Bahnhöfe niedergelassen.

## Systeme der Brotversorgung

So hatte die liberalere Politik das Entstehen einer Versorgungsinfrastruktur jenseits der städtisch-zünftischen Kontrolle gefördert, die aufgrund des Stadtwachstums schon Ende des 18. Jahrhunderts von zentraler Bedeutung für die Versorgung Wiens war und mit den französischen Kriegen an Bedeutung gewann. Bereits seit dem 18. Jahrhundert befanden sich die Wiener Bäcker\*innen in qualitativer Konkurrenz mit Produzenten aus dem südlichen Umland, zum Beispiel aus Atzgersdorf, Mödling, Perchtoldsdorf oder Baden.<sup>78</sup> Das Bevölkerungswachstum, die räumliche Expansion der Einwohner\*innen in die vormals randständigen Bereiche nahe des Linienwalls und teilweise darüber hinaus in Kombination mit der Aufrechterhaltung des regulierten Zunftsystems innerhalb des Linienwalls und der gleichzeitigen Liberalisierung der Brotzufuhr ermöglichten die Entwicklung und Ausdifferenzierung einer weiteren Infrastruktur der Brotversorgung direkt außerhalb des Linienwalls insbesondere nach 1815.

Durch ihre Lage jenseits des Linienwalls befanden sich die Landbäcker\*innen außerhalb der Jurisdiktion sowohl des Magistrats als auch der Zunft. Damit waren sie weder den strengen Restriktionen, Richtlinien und Kontrollen bezüglich der Arbeitsprozesse unterworfen, auch das Satzungssystem der fixierten Brot- und Gebäckarten sowie der regulierten Gewichte und Preise war für eingeführtes Landbrot 1809 aufgehoben worden. Daher mussten sich „Landbäcker“ gegebenenfalls nur den Qualitätskontrollen der Marktrichter in der Stadt unterziehen. Auch wirtschaftlich brachte die geographische Lage außerhalb des Verzehrungssteuerrays Vorteile: deutlich billigere Rohstoffe wie Mehl und Brennholz als innerhalb des Steuerbereichs, deutlich niedrigere Gewerbesteuern und Lohnkosten, geringeres zum Betrieb benötigtes Kapital, da zum Beispiel kein Mehlvorrat vorhanden sein musste, und damit auch größere Flexibilität im Fall von abrupten Preisveränderungen.<sup>79</sup> Diese relative Freiheit erlaubte es den Landbäcker\*innen, ein spezifisches Segment des Marktes zu besetzen, das sich in Produkten und Distributionsstrategien deutlich vom Zunftsystem unterschied. Die „bürgerlichen“ Bäckermeister\*innen waren durch das Satzungssystem daran gebunden, einerseits kleines „Kreuzerbrod“ aus Weizen zu erzeugen, das aufgrund hoher Produktionskosten und der gedeckelten Preise offenbar nur niedrige Profitmargen erlaubte, und andererseits „Luxusgebäck“ herzustellen, das höhere Gewinne versprach. Ihre Ware boten sie in zentralen Verkaufsläden und -tischen auf den Marktplätzen feil. Demgegenüber spezialisierten sich die Landbäcker\*innen außerhalb der Linien auf große, eher aus Roggen-Weizen-Mischungen gebackene „Landbrote“.<sup>80</sup> Der Verkauf dieser Backprodukte erfolgte über informellere Wege: Landbrot wurde in zunehmendem Maß von graduell legalisierten Zwischenhändler\*innen in die Stadt importiert. Sie profitierten

davon, dass sie relativ großzügige Mengen steuerfreien Brots legal über die Verzehrungssteuergrenze bringen konnten und beim Verkauf nur oberflächlich kontrolliert wurden.<sup>81</sup> Letzteres beklagten jedenfalls 1848 die Innungsbäcker\*innen in einer Beschwerde an den Magistrat:

„[...] die Landbrodverkäufer [halten sich] weder an die vorgeschriebenen drei Markttage, noch an die ihnen angewiesenen Marktplätze, sondern bringen täglich ihr Brod nach Wien, fahren mit demselben von Straße zu Straße, und bieten es zum Kaufe an, tragen selbes in Säcken, Butten, Körben von Haus zu Haus, von Partei zu Partei. Nebstbei haben sie ihre eigenen Brodniederlagen, wo sie ohne Anstand zu jeder Stunde ihr Brod verkaufen [...].“<sup>82</sup>

Die räumliche und qualitative Differenzierung dieser zwei Versorgungssysteme war keine Momentaufnahme der Situation um 1850, sondern repräsentiert eine nachhaltige strukturelle Entwicklung der städtischen Versorgung. Das lässt sich durch die Aussagen mehrerer „Experten“ im Kontext einer Untersuchung durch das k.k. Handelsministerium 1869–1871 belegen. Sie sollte die Mechanismen der Versorgung Wiens feststellen, indem Fachmänner aus diversen mit der Lebensmittelversorgung zusammenhängenden Bereichen und Berufen befragt wurden. Rudolph Plank, 1870 Vorstand der Wiener Bäcker genossenschaft, erläuterte, dass die „Landbäcker in der Nähe von Wien [...] sich größtentheils mit der Besorgung von Brot der Stadt befassen“ und dieses „von Landbäckern an Greißler verkauft“ werde. Dem stimmte Magistratssekretär Wenzl zu: „Es ist bekannt, dass jetzt der meiste Bedarf an Brot für Wien durch sogenannte Landbäcker gedeckt wird.“<sup>83</sup> Ähnlich äußerte sich der Experte Eckert, Vorstand der Wiener Schiffmüller: Landbrot, vorwiegend aus Roggenmehl, werde „an die [Bäcker] außerhalb der Linien [geliefert]. Innerhalb der Linien kommt man mit einem Wagen Roggen einen Monat aus, was außerhalb der Linien nicht der Fall ist.“<sup>84</sup> Auch Jacob Gaugusch, Bäcker in Rudolfsheim, und Ferdinand Boos, der seine Backstube im Mülkerhof an der Freyung betrieb, bestätigten dieses Bild:

„Alle möglichen Sorten von Gebäck“, so Gaugusch, „werden eingeführt, Brot sehr viel, und von den an die Vororte angränzen [sic!] Bezirken auch weißes Gebäck, jedoch nicht in großen Quantitäten, sondern von einzelnen Wiederverkäufern, die es vorziehen, draußen sich die Waare zu verschaffen, um sie herinnen zu verkaufen.“<sup>85</sup>

„Wir Bäcker in der Stadt erzeugen eben wenig Brot“, bestätigte Boos und führte bezüglich seines eigenen Betriebes an, dass „ein Viertel unseres Backwerks [...] Roggen, drei Viertel Weizenmehl“ sei. Daraus erzeuge er überwiegend Feingebäck, „Kipfeln, Kaisersemmeln, Baunzeln, Strizeln, und das mürbe Gebäck“.<sup>86</sup> Der offizi-

elle Abschlussbericht der Enquete stellte entsprechend fest, dass „an der Approvisionierung Wiens [...] rücksichtlich des Brodes auch die Landbäckereien namhaften und zunehmenden Antheil [nehmen]. Sie führen das Gebäck in großen Massen herein und liefern es theils zu bestimmten Kunden, theils fahren sie damit hausieren.“<sup>87</sup>

Auch die Einfuhrstatistiken der Verzehrungssteuer untermauern die Entwicklung unterschiedlicher Infrastrukturen. Wie ein detaillierter Blick zeigt, veränderte sich während des zweiten Drittels des Jahrhunderts die Struktur der von der Steuer erfassten Getreidearten. Vor 1830 war das Verhältnis der Weizen- und Roggenimporte in das von der Verzehrungssteuer abgedeckte Stadtgebiet innerhalb des Linienvalls relativ ausgeglichen, da die urbanen Versorgungsnetzwerke sich noch überwiegend innerhalb der Mauern befanden. Mit der Ausdifferenzierung der Infrastruktur bis 1850 und weitergehend bis 1870 hatte sich dies nachhaltig zugunsten von Weizen verändert. Roggen wurde nun zu großen Teilen vor den Linien von Landbäcker\*innen verwendet, um spezifische Produkte herzustellen und über Kleinhandelsnetzwerke „unter dem Radar“ der Steuer in die Stadt zu importieren.

Tabelle 2: Zusammensetzung der Getreideversorgung Wiens nach Getreidearten, 1782–1870<sup>88</sup>

Periode	5-Jahr-Durchschnitt				
	Gesamte Versorgung, in Tonnen			Anteil an gesamter Versorgung, in %	
	Alle Getreidesorten	Weizenmehl	Roggenmehl	Weizenmehl	Roggenmehl
1782–1786	45.137	17.750	14.944	39	33
1802–1807	77.219	25.892	22.228	34	29
1808–1812	57.341	24.116	14.867	43	26
1813–1815/17	54.253	24.464	22.660	36	34
1828–1830/32	50.030	14.273	12.624	28	25
1850–1854	69.847	54.000	15 000	70	20
um 1870*	217.000	108.000	32.000	50	32

\* Gesamtschätzung für Wien und Umgebung, inkl. Weizen, Roggen, Gerste. Siehe k.k. Handelsministerium, *Enquête*, 1871, 40.

## Conclusio

Die Lebensmittelversorgung amerikanischer und europäischer Großstädte war im Jahrhundert nach 1760 zentral geprägt von einer Doppelbewegung zwischen einge-

betteten und entbetteten Versorgungssystemen im Sinne Karl Polanyis. In New York City, Mexico City, Paris und Wien wurden ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sehr ähnliche Diskurse über die „richtige Staatspraxis“ bezüglich der Regulierung oder Liberalisierung der Systeme städtischer Nahrungsversorgung und -verteilung geführt. In allen diesen Metropolen wurden paternalistisch-regulierende Eingriffe des Staates bezüglich der Produktion, des Verkaufs und anderer Elemente der Brot- und Fleischversorgung zunehmend kritisiert. Federführend waren dabei sowohl in New York City als auch in Paris und Wien Proponenten physiokratischer und Smith'scher Ideale der „natürlichen Freiheit“ des Marktes und der „freien Konkurrenz“. Diese agitierten, in den unterschiedlichen Städten zu verschiedenen Zeitpunkten im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, zum Teil auf regionaler, zum Teil auf höchster politischer Ebene für eine mehr oder minder drastische Abschaffung staatlicher und städtischer Regulation. Gleichzeitig formierten sich in allen diesen urbanen Zentren Gegenbewegungen gegen die Entbettung und Deregulierung des Lebensmittelmarktes, allerdings mit zeitlich und regional unterschiedlichem Erfolg.

In Wien propagierten seit den 1770er-Jahren insbesondere Vertreter der Hochbürokratie wie Karl von Zinzendorf unter direkter Bezugnahme auf französische Liberalisierungstheoretiker und -politiker wie Quesnay oder Turgot eine drastische Befreiung des Lebensmittelmarktes von staatlicher Beeinflussung. Diese erste, von Kaiser Joseph II. entscheidend forcierte Phase der Entbettungsbestrebungen endete um 1790 unter anderem, weil sich unmittelbar eine Gegenbewegung formiert hatte. Sie wurde getragen von Teilen der Ministerialbürokratie, städtischen Behörden und den Wiener Zünften und bestärkt von den Ereignissen der Französischen Revolution. Nach 1815 keimte die Auseinandersetzung zwischen „Prohibitivsystem“ und Laissez-faire wieder auf, vor allem in der Diskussion um eine liberalisierende Reform des Gewerberechts. Anders als in New York City konnten sich Liberalisierung Anhänger in Wien bis 1848 bzw. 1860 in staatlichen und städtischen Gremien nicht grundsätzlich durchsetzen. Sowohl das regulierte Zunft- als auch das Satzungssystem der Brotversorgung wurden im Kern bis zur Märzrevolution aufrechterhalten. Die sukzessiven Genehmigungen von externen Produzent\*innen und des innerstädtischen Zwischenhandels schlugen aber „liberale Breschen“ in die regulierenden Elemente der Gewerbepolitik und der Marktordnungen. Die Zeit des Vormärz in Wien kann daher als Episode des Gleichgewichts innerhalb der Pendelbewegung zwischen eingebettetem und entbettetem Markt bezeichnet werden.

Das Patt im politökonomischen Richtungsstreit hatte in Kombination mit dem schnellen Bevölkerungswachstum Wiens im Lauf des Vormärz drastische Auswirkung auf die Infrastruktur und strukturelle Organisation der Brotversorgung. Im frühen 19. Jahrhundert differenzierten sich verschiedene Infrastrukturen der Versorgung mit Brot und Backwaren aus. Dieser Prozess erwies sich als nachhaltig,

denn seine Ergebnisse prägten das Versorgungssystem der Stadt noch um 1870. Seine Wurzeln liegen bereits im 18. Jahrhundert, er beschleunigte sich mit dem Stadtwachstum Wiens nach 1815 und ist besonders für den Zeitraum des Vormärz nachweisbar. Sowohl die Versorgungsinfrastruktur der Meisterbäcker\*innen Wiens als auch die der Landbäcker\*innen außerhalb des Linienwalls können als distinkte Systeme beschrieben werden, die sich durch spezifische Regulations- und Produktionsmechanismen, Menschen, Räume, Praktiken und Produkte kennzeichneten. Die bürgerlichen Bäckermeister\*innen Wiens als Körper offiziell legitimerter und qualifizierter Handwerker\*innen versorgten die Einwohner\*innen der Stadt innerhalb eines paternalistisch-regulierten Modells mit von den Behörden nach quantitativen und qualitativen Maßstäben festgelegten Gebäcksorten. Dabei handelte es sich einerseits um niedrige Gewinne abwerfende Produkte des unteren Preisspektrums, andererseits zunehmend um gehobene Backwaren, „Luxusgebäck“, das höhere Profite versprach. Beide Produktsorten mussten vorwiegend aus Weizen hergestellt und mit der individuellen Kennung des Bäckers bzw. der Bäckerin gebrandmarkt werden und waren damit gewissermaßen überprüfbare, beanstandbare aber auch bewerbare „Markenprodukte“. Im Kontrast zu New York City expandierte dieses regulierte System nach 1815 in die vom Bevölkerungswachstum stark betroffenen Stadtgebiete und gewährleistete damit erfolgreich einen flächendeckenden Zugang zu Bäckereien über das gesamte Stadtgebiet. Es besetzte zentrale, attraktive und privilegierte und oft nah beieinanderliegende Räume im gesamten Stadtgebiet und fungierte primär über fixierte Verkaufsstandorte wie Bäckereien und Verkaufstische bzw. Marktstände. Die bürgerlichen Bäckermeister\*innen konnten aufgrund ihrer offiziellen Stellung privilegiert politisch agieren, waren aber durch die räumliche und soziale Position einer weitgehenden Reglementierung unterworfen und an ökonomische Strukturen gebunden, insbesondere hinsichtlich Steuerlast, Rohstoffpreisen, Lohnkosten und Arbeitsbedingungen. Parallel dazu entwickelte sich mit der Expansion der urbanen Bevölkerung ein alternatives „liberales“ Konkurrenzmodell außerhalb der Linien und der Kontrolle des paternalistisch-regulierten Systems. Die Landbäcker\*innen besetzten dabei unterschiedliche Räume in den Vororten Wiens und unterlagen weniger reglementierten politökonomischen Strukturen. Komplementär und in Konkurrenz zu den Stadtbäcker\*innen spezialisierten sie sich auf unterschiedliche Gebäckformen vorwiegend aus Roggen bzw. Roggen-Weizen-Mischungen, die sie über mobile Distributionsnetzwerke in die Stadt, teilweise direkt zu den Kund\*innen, lieferten. Ihre Preisgestaltung war deutlich stärker marktbestimmt. Im Lauf des Vormärz könnte diese alternative Infrastruktur der Nahrungsversorgung einen entscheidenden Marktanteil gewonnen haben; dies suggerieren – freilich sehr fragmentarische – Hinweise auf die Produktionskapazitäten der städtischen Meisterbäcker\*innen. Während das offizielle paternalistisch-regu-

lierte System in den Quellen zur städtischen Versorgung, zum Beispiel der Verzeh-  
rungssteuer, prominent aufscheint, ist die Entwicklung des tolerierten liberalen Sys-  
tems deutlich schwerer fassbar und bisher nicht erkannt worden. Es bildete aber  
einen eminent wichtigen Teil einer Versorgungsinfrastruktur, die das gesamte Stadt-  
gebiet Wiens abdeckte. Die Brotversorgung ruhte um 1850 auf einem komplexen  
System von zwei parallelen Strukturen, die unterschiedliche Segmente des Marktes  
bedienten und breiten Bevölkerungsschichten unmittelbaren Zugang zu Nahrung  
bzw. zu differenzierten Produkten ermöglichten.

Dieser Artikel hat gezeigt, dass eine regulierte und eine deregulierte Versor-  
gungsstruktur nebeneinander bestanden. Diese Situation war das Resultat eines  
durch gegenläufige Bewegungen hergestellten Gleichgewichts zwischen eingebet-  
tetem und entbettetem Markt, das den flächendeckenden räumlichen Zugang der  
Wiener\*innen zu differenzierten Produzent\*innen und Produkten im Lauf des Vor-  
märz sicherstellte. Daraus können wichtige Fragen entwickelt werden, deren Bear-  
beitung lohnenswert wäre: zur Veränderung von Nahrungsqualitäten und Preisen  
oder auch zu kleinräumigen Unterschieden hinsichtlich von Produktionskapazitä-  
ten oder Praktiken der Herstellung oder des Verkaufs. Weiters wirft der Beitrag die  
offensichtliche und durch künftige Forschung zu beantwortende Frage auf, wie sich  
die drastische Liberalisierung der Versorgung Wiens durch die Reform der Gewer-  
beordnung 1859/60 auswirkte.

## Anmerkungen

- 1 Ich bedanke mich für die konstruktiven Verbesserungsvorschläge bei den anonymen Gutachter\*innen, den Herausgebern des Bandes sowie bei Ernst Langthaler und Oliver Kühschelm.
- 2 Rudolf Till, *Geschichte des Wiener Marktwesens*, Wien 1939, 26.
- 3 Das Jahr 1815 ist das erste Jahr, für das die maßgebliche Quelle, der Kalender für das Gremium der bürgerlichen Bäckermeister in Wien, verfügbar ist. Frühere Jahrgänge dieses Mitgliederverzeichnisses scheinen nicht erhalten zu sein. Das zweite Stichjahr, 1847, bietet den letzten vollständigen Überblick über die Bäckerinnung vor dem Jahr 1848, das als Zäsur in der politischen Verwaltung und wirtschaftlichen Entwicklung Wiens gilt. Weiters sind für beide Jahrgänge Adressbücher der Stadt Wien verfügbar, sodass ein Vergleich und gegebenenfalls Korrekturen bezüglich der räumlichen Strukturen möglich sind.
- 4 Zur stadträumlichen Gliederung siehe z.B. Friedrich Hauer, *Die Wiener Verzehrssteuer 1829–1913* als Quelle, in: ders. (Hg.), *Die Versorgung Wiens 1829–1913. Neue Forschungsergebnisse auf Grundlage der Wiener Verzehrssteuer*, Innsbruck/Wien/Bozen 2014, 13–50.
- 5 Unter politischer Ökonomie der Nahrungsversorgung wird hier im Sinne Karl Polanyis das „komplexe und dynamische Zusammenspiel zwischen Regierungen und Märkten“ verstanden, das sich stark auf die Organisationsformen des Lebensmittelmarktes und die politische Einflussnahme auf diesen auswirkte.  
Siehe Gergely Baics, *Feeding Gotham. The Political Economy and Geography of Food in New York, 1790–1860*, Princeton/Oxford 2016, 2–3; siehe auch u.a. Steven L. Kaplan, *Bread, Politics and Political Economy in the Reign of Louis XV*, London 2015; Roger Horowitz/Jeffrey M. Pilcher/Sidney Watts, *Meat for the Multitudes: Market Culture in Paris, New York City, and Mexico City over the Long Nineteenth Century*, in: *American Historical Review* 109/4 (2004), 1055–1083; Judith A. Miller,

Mastering the Market. The State and the Grain Trade in Northern France, 1700–1860, Cambridge 1999.

- 6 Baics, Gotham, 2016, bes. 58.
- 7 Renate Banik-Schweitzer/Wolfgang Pircher, Zur Wohnsituation der Massen im Wien des Vormärz, in: *Wien im Vormärz. Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte* 8 (1980), 175–201; dies., Vienna, in: Martin J. Daunton (Hg.), *Housing the Workers: A Comparative History 1850–1914*, Leicester 1990, 107–148; dies., Zur Sozialräumlichen Gliederung Wiens 1869–1934, *Wien* 1982; Josef Ehmer/Peter Feldbauer, Arbeiterwohnen im 19. Jahrhundert, in: *Beiträge zur historischen Sozialkunde* 9/3 (1979), 57–62; Peter Feldbauer, Stadtwachstum und Wohnungsnot. Determinanten unzureichender Wohnungsversorgung in Wien 1848 bis 1914, *Wien* 1977.
- 8 Simone Gingrich/Gertrud Haidvogel/Fridolin Krausmann, The Danube and Vienna: Urban Resource Use, Transport and Land Use 1800 to 1910, in: *Regional Environmental Change* 12/2 (2012), 283–294; Sylvia Gierlinger/Gertrud Haidvogel/Simone Gingrich/Fridolin Krausmann, Feeding and Cleaning the City: The Role of the Urban Waterscape in Provision and Disposal in Vienna During the Industrial Transformation, in: *Water History* 5/2 (2013), 219–239; Sylvia Gierlinger, Food and Feed Supply and Waste Disposal in the Industrialising City of Vienna (1830–1913). A Special Focus on Urban Nitrogen Flows, in: *Regional Environmental Change* 15/2 (2015), 317–327; Gudrun Pollack/Sylvia Gierlinger/Gertrud Haidvogel/Verena Winiwarter, Using and Abusing a Torrential Urban River. The Wien River Before and During Industrialization, in: *Water History* 8/3 (2016), 329–355.
- 9 Peter Scholliers/Patricia van den Eeckhout, Feeding Growing Cities in the Nineteenth and Twentieth Centuries: Problems, Innovations, and Reputations, in: Anne Murcott/Warren Belasco/Peter Jackson (Hg.), *The Handbook of Food Research*, London/New York 2013, 69–81, 70.
- 10 Diese Schwerpunktsetzung spiegelt sich beispielsweise in den Beiträgen folgender Bände wider: Peter J. Atkins/Peter Lummel/Derek J. Oddy (Hg.), *Food and the City in Europe Since 1800*, Aldershot 2007; Piet van Cruyningen/Erik Thoen (Hg.), *Food Supply, Demand and Trade. Aspects of the Economic Relationship Between Town and Countryside (Middle Ages–19<sup>th</sup> Century)*, Turnhout 2012; Dieter Schott, *Europäische Urbanisierung (1000–2000). Eine umwelthistorische Einführung*, Köln/Weimar/Wien 2014.
- 11 Paul Bairoch, *Cities and Economic Development. From the Dawn of History to the Present*, Chicago 1988, 216, 221.
- 12 Clark/Lepetit, *Cities*, 1996, 26; Schollier/van den Eeckhout, *Cities*, 2013, 70–71. Siehe auch Ian Mitchell, Retailing Innovation and Urban Markets c. 1800–1850, in: *Journal of Historical Research in Marketing* 2/3 (2010), 287–299.
- 13 Vgl. Schollier/van den Eeckhout, *Cities*, 2013, 71; Robert Allen/Jean-Pascal Bassino/Debin Ma/Christine Moll-Murata/Jan Luiten Van Zanden, Wages, Prices, and Living Standards in China, 1738–1925: In Comparison with Europe, Japan, and India, in: *The Economic History Review* 64/1 (2011), 8–38; Roman Sandgruber, *Die Anfänge der Konsumgesellschaft. Konsumgüterverbrauch, Lebensstandard und Alltagskultur in Österreich im 18. und 19. Jahrhundert*, Wien 1982; Roderick Floud/Robert W. Fogel/Bernard Harris/Sok Chul Hong, *The Changing Body. Health, Nutrition, and Human Development in the Western World Since 1700*, Cambridge 2011;
- 14 Jon Stobart/Ilja van Damme, Introduction: Markets in Modernization: Transformations in Urban Market Space and Practice, c. 1800–1970, in: *Urban History* 43/3 (2016), 357–371, 358.
- 15 Jon Stobart/Andrew Hann/Victoria Morgan, Spaces of Consumption: Leisure and Shopping in the English Town, c. 1680–1830, London/New York 2007; J.H. Furnée/C. Lesger (Hg.), *The Landscape of Consumption: Shopping Streets and Cultures in Western Europe, 1600–1900*, Basingstoke 2014; Montserrat Miller, *Feeding Barcelona 1714–1975. Public Market Halls, Social Networks, and Consumer Culture*, Baton Rouge 2015; Brecht Dewilde/Johan Poukens, Bread Provisioning and Retail Dynamics in the Southern Low Countries: the Bakers of Leuven, 1600–1800, in: *Continuity and Change* 26/3 (2011), 405–438; Clé Lesger, Patterns of Retail Location and Urban Form in Amsterdam in the Mid-Eighteenth Century, in: *Urban History*, 38/1 (2011), 24–47; Ian Mitchell, *Tradition and Innovation in English Retailing, 1700 to 1850: Narratives of Consumption*, Farnham 2014; Roger Scola, *Feeding the Victorian City. The Food Supply of Manchester 1770–1870*, Manchester/New York 1992.

- 16 Siehe z.B. Ian Mitchel, *Supplying the Masses: Retailing and Town Governance in Macclesfield, Stockport, and Birkenhead, 1780–1860*, in: *Urban History* 38/2 (2011), 256–275; Robyn S. Metcalfe, *Meat, Commerce and the City: The London Food Market, 1800–1855*, London/New York 2012; David R. Ringrose, *Madrid and the Spanish Economy, 1560–1850*, Berkeley/Los Angeles 1983; Peter Hession, 'Wholesome Regulation and Unlimited Freedom': Governing Market Space in Southern Ireland Before the Famine, in: *Urban History* 46/1 (2019), 21–43.
- 17 Kaplan, *Bread*, 2015, 52, 53.
- 18 Kaplan, *Bread*, xxx; vgl. Christine Zabel, *Challenges of Food Security: Free Trade, Distribution, and Political (In)Stability in Mid 18<sup>th</sup> Century France*, in: *European Journal for Security Research* 3/1 (2018), 35–50.
- 19 Vgl. Kaplan, *Bread*, 2015, Kapitel VII.
- 20 Dominik Collet, *Die doppelte Katastrophe. Klima und Kultur in der europäischen Hungerkrise 1770–1772*, Göttingen 2019, 269. Hervorhebung im Original.
- 21 Marcel Streng, *Subsistenzpolitik im Übergang. Die kommunale Ordnung des Brot- und Fleischmarktes in Frankreich 1846–1914*, Göttingen 2017, 39, 55, 139.
- 22 Baics, *Gotham*, 2016, 24, 50, 52. Siehe auch ders., *Is Access to Food a Public Good? Meat Provisioning in Early New York City, 1790–1820*, in: *Journal of Urban History* 39/4 (2012), 643–668; ders., *The Geography of Urban Food Retail: Locational Principles of Public Market Provisioning in New York City, 1790–1860*, in: *Urban History* 43/3 (2016), 435–453.
- 23 Baics, *Gotham*, 2016, 226–229, 232.
- 24 Horowitz/Pilcher/Watts, *Meat* (2004), 1054, 1058.
- 25 Ebd., 1078.
- 26 Kaplan, *Bread*, 2015, 7.
- 27 Vgl. E.P. Thompson, *The Moral Economy of the English Crowd in the 18th Century*, in: *Past & Present* 50/1 (1971), 76–136.
- 28 Karl Polanyi, *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Berlin 2017, 105, 86.
- 29 Gareth Dale, *Karl Polanyi. The Limits of the Market*, Cambridge 2015, 53.
- 30 Polanyi, *Transformation*, 2017, 88–89.
- 31 Ebd., 182.
- 32 Ferdinand Opll, *Studien zur Versorgung Wiens mit Gütern des täglichen Bedarfs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, in: *Jahrbuch für Geschichte der Stadt Wien* 37 (1981), 50–87, 52. Weitere einschlägige Analysen Wiens im frühen 19. Jahrhunderts sind mir nicht bekannt. Fridolin Krausmann betrachtet ausschließlich die Beziehungen der Stadt zu ihrem Hinterland vor allem nach 1830; der Abschnitt zur „Lebensmittelversorgung“ vor 1860 im Sammelband zur Geschichte der Stadt Wien beträgt weniger als drei Seiten und geht nicht auf die Zeit des Vormärz ein. Siehe Fridolin Krausmann, *A City and Its Hinterland: Vienna's Energy Metabolism 1800–2006*, in: Simron Jit Singh (Hg.), *Long Term Socio-Ecological Research: Studies in Society-Nature Interactions Across Spatial and Temporal Scales*, Dordrecht 2013, 247–268; Bertrand Michael Buchman, *Dynamik des Städtebaus*, in: Peter Csendes/Ferdinand Opll (Hg.), *Wien. Geschichte einer Stadt. Bd. 3: von 1790 bis zur Gegenwart*, Wien/Köln/Weimar 2006, 77–79.
- Andere Arbeiten zur Lebensmittelversorgung Wiens thematisieren in erster Linie die Regulierung und Abläufe auf den zentralen Marktplätzen der Stadt während der frühen Neuzeit, z.B. Gustav Otruba, *Die Organisation des Lebensmittelkleinhandels in Wien*, in: *Wiener Geschichtsblätter* 49 (1994), 80–103; Ferdinand Opll, *Markt im alten Wien*, in: *Wiener Geschichtsblätter* 34/2 (1979), 49–73; eine Ausnahme bildet Celia J. Goedde, *Competition, Community, and Privilege in Eighteenth-Century Vienna: The Viennese Pastry Bakers*, in: *Austrian History Yearbook* 31 (2000), 33–56.
- 33 Siehe z.B. Alexander Grab, *The Politics of Subsistence: The Liberalization of Grain Commerce in Austrian Lombardy under Enlightened Despotism*, in: *The Journal of Modern History* 57 (1985), 185–210; Helen P. Liebel Weckowicz, *Count Karl v. Zinzendorf and the Liberal Revolt Against Joseph's II. Economic Reforms, 1783–1790*, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Sozialgeschichte Heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag*, Göttingen 1974, 69–85.
- 34 *Bevölkerungszahlen aus Andreas Weigl, Demographischer Wandel und Modernisierung in Wien*, Wien 2000, 78, 82.

- 35 Ohne Berücksichtigung der russischen Zentren Moskau und St. Petersburg. Friedrich Lenger, *Metropolen der Moderne: eine europäische Stadtgeschichte seit 1850*, München 2013, 53; Peter Clark/Bernhard Lepetit, Introduction, in: dies. (Hg.), *Capital Cities and their Hinterlands in Early Modern Europe*, Aldershot 1996, 30–31.
- 36 Till, *Geschichte*, 1939, 26.
- 37 Ebd., 24.
- 38 Andreas Weigl, *Gewerbepolitik*, in: Peter Csendes/Ferdinand Opll (Hg.), *Wien. Geschichte einer Stadt. Band 2: Die frühneuzeitliche Residenz (16. bis 18. Jahrhundert)*, Wien/Köln/Weimar 2003, 176–182; Günther Chaloupek/Michael Wagner/Andreas Weigl, *Handel im vorindustriellen Zeitalter: der kanalisierte Güterstrom*, in: Günther Chaloupek/Peter Eigner/Michael Wagner (Hg.), *Wien Wirtschaftsgeschichte 1740–1938, Bd. 2: Dienstleistungen*, Wien 1991, 1001–1038, 1020–1023; Till, *Geschichte*, 1939, 24–42; Karl Pribram, *Geschichte der österreichischen Gewerbepolitik von 1740 bis 1860*, Bd. 1, Leipzig 1907, bes. 43–45, 245–265, 280–288, 452–508; o.V., *Darstellung der gewerblichen Zustände der Wiener Bäcker-Innung*, Wien 1848.
- 39 Das Folgende bezieht sich maßgeblich auf Weigl, *Gewerbepolitik*, 2003; ders., *Versorgung*, 2003; Till, *Geschichte*, 1939, 24–26, 33 und Herbert Haupt, *Das Hof- und Hofbefreite Handwerk im Barocken Wien 1620 bis 1770*, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, 26–45, 50–60.
- 40 Chaloupek/Wagner/Weigl, *Handel*, 1991, 1030.
- 41 Heinz Zatschek, *Handwerk und Gewerbe in Wien*, Wien 1949, 48; Pribram, *Geschichte*, 1907, 267, 271.
- 42 So der liberale Staatsrat Tobias Phillip Freiherr von Gebler 1776. Zitiert in Pribram, *Geschichte*, 1907, 272.
- 43 Vortrag in Hofkanzlei 24.1.1778, zitiert in ebd., 286–287.
- 44 Ebd., 490.
- 45 Ebd., 288.
- 46 Ebd., 456, 457.
- 47 Ebd., 424–425.
- 48 Ebd., 468, 471.
- 49 Ebd., 341–342.
- 50 Ebd., 449–450.
- 51 Ebd., 458.
- 52 Ebd., 416–420.
- 53 Ebd., 473.
- 54 Zitiert in ebd., 479–480.
- 55 Ebd., 482.
- 56 Günter Chaloupek, *Die entfaltete Stadtwirtschaft im Biedermeier*, in: Chaloupek/Eigner/Wagner, *Wien*, 1991, 186; ders., *Industriestadt Wien*, in: Günther Chaloupek/Peter Eigner/Michael Wagner (Hg.), *Wien Wirtschaftsgeschichte 1740–1938, Bd 1: Industrie*, Wien 1991, 267–484, 276.
- 57 Andreas Baryli, *Gewerbepolitik und gewerbliche Verhältnisse im vormärzlichen Wien*, in: *Wien im Vormärz*, 1980, 9–31, 31.
- 58 Chaloupek, *Industriestadt*, 1991, 186.
- 59 Heinrich Reschauer, *Geschichte des Kampfes der Handwerkerzünfte und der Kaufmannsgremien mit der österreichischen Bureaukratie. Vom Ende des 17. Jahrhunderts bis zum Jahre 1860*, Wien 1882, 97.
- 60 *Landesinnung der Wiener Bäcker* (Hg.), *700 Jahre Wiener Bäcker-Innung*, hrsg. von der Wiener Bäcker-Innung anlässlich d. Feier ihres 700jährigen Bestandes, Wien 1927, 42–58, bes. 45; *Kalender für das Gremium der bürgerl. Bäckermeister in Wien 1833 sowie 1847*, Wienbibliothek im Rathaus, A 67364.
- 61 Reschauer, *Geschichte*, 1882, 54; Baryli, *Gewerbepolitik*, 1980, 27.
- 62 *Landesinnung, 700 Jahre*, 1927, 45, o.V., *Darstellung*, 1848, 7.
- 63 Alois Brusatti, *Österreichische Wirtschaftspolitik vom Josephinismus zum Ständestaat*, Wien 1965, 27–35; ders., *Österreich am Vorabend des industriellen Zeitalters*, in: Institut für Österreichkunde (Hg.), *Die Wirtschaftsgeschichte Österreichs*, Wien 1971, 135–150, 139; Taras von Borodajkewycz, *Gewerbefreiheit und konservativer Geist*, in: *Festschrift Walter Heinrich. Ein Beitrag zur Ganzheits-*

- forschung, Graz 1963, 371–387; John Komlos, *Nutrition and Economic Development in Eighteenth-Century Habsburg Monarchy. An Anthropometric History*, Princeton 1898, 131–148, 164; Herbert Matis, Leitlinien der österreichischen Wirtschaftspolitik, in: Alois Brusatti/Adam Wandruszka/Helmut Rumpel (Hg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, Bd. 1: Die wirtschaftliche Entwicklung, Wien 2005, 29–67, 29–30; Baryli, *Gewerbepolitik*, 1980, 23–31; Weigl, *Gewerbepolitik*, 2003, 178; Pribram, *Geschichte*, 1907, 413–420.
- 64 Matis, *Leitlinien*, 2005, 32, 36; siehe auch Zatschek, *Handwerk*, 1949, 52–60.
- 65 Chaloupek, *Industriestadt*, 1991, 277.
- 66 Borodajkewicz, *Gewerbefreiheit*, 1963, 371.
- 67 Quellen: Kalender für das Gremium der bürgerl. Bäckermeister in Wien 1815, 1847, Archiv der Wiener Bäckergenossenschaft und Wienbibliothek im Rathaus, A 67364; Robert Messner, *Topographie von Alt-Wien*, Gesamtwerk in 7 Bänden, Wien 1970–1993; o.V., *Neues, verbessertes und vermehrtes Häuser-Schema der k.k. Haupt- und Residenzstadt Wien*, Wien 1847.
- Basierend auf Franziszeischer Kataster, digitalisierte Katastralpläne der Stadt Wien 1817 bis 1829. Digitalisiert durch Stadtarchäologie Wien, verfügbar über [www.wienkulturgut.at](http://www.wienkulturgut.at). Datenquelle: Stadt Wien – [www.data.wien.gv.at](http://www.data.wien.gv.at). Verwendete Software: QGIS 3.0 Girona.
- 68 Weigl, *Versorgung*, 2003, 157.
- 69 *Intelligenzblatt zur Wiener Zeitung*, 22.12.1843, 918.
- 70 Quellen: Gustav Ressel, *Das Archiv der Bäckergenossenschaft in Wien. Ein Beitrag zur Geschichte des Wiener Handwerks*, Wien 1913, XII f.; Franz Rittler (Hg.), *Adreß-Buch der ehrsamten Handwerks-Innungen in der k.k. Haupt- und Residenzstadt Wien für das Jahr 1827: enthaltend ein genaues Nahmens-Verzeichnis aller dermahligen Herrn Vorsteher und bürgerlichen Meister, sodann der Befugten jeder Innung, nebst Angabe der Wohnungen und Verkaufsgewölbe (Stadt, Vorstadt, Polizey-Bezirk, Haus Nr.) der zurückzulegenden Lehrjahre und der Herbergsorte; zum leichteren Aufsuchen für Einheimische und Fremde*, Wien 1827, 3–8; Kalender für das Gremium der bürgerl. Bäckermeister in Wien 1833; Weigl, *Wandel*, 2000, 5; Hauer, 2014, 38.
- 71 Archiv der Wiener Bäckergenossenschaft, Handschr. Nr. 15, *Litter E vom Jahre 1807 bis 1830*, 33. K.k. Handelsministerium, *Enquête über die Approvisionnement Wiens*, Bd. 2, Wien 1871, CXII.
- 72 Baics, *Gotham*, 2016, 169f.
- 73 Lesger, *Patterns*, (2011), 31–33.
- 74 Dewile/Poukens, *Bread*, (2011), 411, 416, 420; Ringrose, *Madrid*, 1983, 143–154.
- 75 Quellen s. Abb. 1.
- 76 Vgl. Fußnote 36.
- 77 Quellen s. Abb. 1.
- 78 Weigl, *Versorgung*, 2003, 157; Friedrich Kick, *Die Mehlfabrikation. Ein Lehrbuch des Mühlenbetriebes*. Zweite, ergänzte und revidierte Aufl., Leipzig 1878, 294–295.
- 79 o.V., *Darstellung*, 1848, 7–10; Landesinnung der Wiener Bäcker, 700 Jahre, 1927, 45–47.
- 80 o.V., *Darstellung*, 1848, 9. Weitere Indizien zur Beschaffenheit des Landbrots siehe z.B. *Wiener Zeitung*, 1.11. 1862, 243 sowie 6.7.1847, 1474.
- 81 o.V., *Darstellung*, 1848, 8; Hauer, *Verzehrssteuer*, 2014, 44, Fußnote 116 schätzt, dass pro Transit bis zu 5,4 Kilogramm Brot steuerfrei eingeführt werden konnte.
- 82 o.V., *Darstellung*, 1848, 10.
- 83 K.k. Handelsministerium, *Enquête über die Approvisionnement Wiens*, Bd. 2, Wien 1871, 6, 17 und 31; ein Abbild Planks ist abgedruckt in Landesinnung der Wiener Bäcker, 700 Jahre 1927, 51.
- 84 K.k. Handelsministerium, *Enquête*, 1871, 57 und 59.
- 85 Ebd., 74.
- 86 Ebd., 17, 22.
- 87 K.k. Handelsministerium, *Enquête*, 1871, 445.
- 88 Quellen: siehe Jonas M. Albrecht, *The Need for Wheat: The pre-industrial Expansion of Vienna's Grain Supply, 1800–1840*, in: Herment Laurent/Wouter Ronsijn/Niccolo Mignemi (Hg.), *Stocks, seasons and sales: Food supply, storage and markets in Europe and the New World, c. 1600–2000*, CORN Publication Series, Turnhout 2019, 103–127.